

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

154 (6.7.1921) [No. 155]

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Verlagsmittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.20 M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: Vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Das Steuerprogramm der Reichsregierung Einigung im Reichskabinett

Berlin, 5. Juli. Dr. Wirth wird morgen vormittag vor der Reparationskommission des Reichswirtschaftsrates und am Nachmittag im Plenum des Reichstages in großen Umzügen das Steuerprogramm der Reichsregierung mitteilen. Die Verhandlungen innerhalb des Kabinetts über das Steuerprogramm haben wochenlang andauert. Man weiß, daß es erhebliche Gegensätze, insbesondere zwischen den Auffassungen des Reichswirtschaftsministeriums gegeben hat.

Der Gesamtbetrag, der zur gänglichen oder wenigstens teilweisen Bedeckung des Inlandsbedarfs und der sich aus der Annahme des Ultimatus ergebenden Verpflichtungen jährlich durch bestehende, erweiterte oder neue Steuern aufgebracht werden soll, beläuft sich auf etwa 80 Milliarden Papiermark. Diese ungeheure Summe soll zur Hälfte durch direkte, zur anderen Hälfte durch indirekte Steuern aufgebracht werden. Es ergäbe sich dann ungefähr folgende Gliederung:

1. Besitzsteuern

Zu ihnen würden gehören die Einkommensteuer, die durch eine stärkere Erfassung ertragreicher gestaltet werden soll, die erhöhte Körperschaftsteuer, die Kapitalertrag- und die Kapitalverleihersteuer, die Erbschaftsteuer, die eine mäßige Erhöhung erfahren soll, die eigentlichen Besitzsteuern, namentlich die laufende Vermögenswachstumssteuer und das Reichsnotopfer, das vermindert werden soll. Die Reform des Reichsnotopfers ist in der Form gedacht, daß seine Einziehung auf 10 Jahre komprimiert werden soll. Bei ihrer Verneuerung soll vom Gegenwert ausgegangen, der Wertverlustung also Rechnung getragen werden. Um aber bei der Inflation der Marktwerte Ungerechtigkeiten zu vermeiden, soll die Veranlagung von zwei zu zwei oder von zwei zu drei Jahren erfolgen. Zu den Besitzsteuern werden auch die Erbschaftsteuern der Einzelstaaten hinzugerechnet. Der Gesamtbeitrag der Besitzsteuern wird auf 40 Milliarden geschätzt.

2. Steuern auf Getränke und Tabak

die nicht erhöht werden, bei denen aber die bestehenden Erleichterungen in Fortfall kommen sollen. Ihr voraussichtliches Jahreserträgnis wird auf 5 bis 6 Milliarden geschätzt.

3. Sonstige direkte Steuern

Sie werden in der Hauptsache durch Erhöhung der Umsatzsteuer von 1½ auf 3 Prozent, durch eine mäßige Erhöhung der Schenksteuer, durch die Leuchtstoffsteuer, die Zündholzsteuer und einige andere kleine Steuern aufgebracht werden. Das Jahreserträgnis wird mit etwa 32 Milliarden angenommen.

Man entnimmt aus dieser ungefähren Aufstellung, daß sich die direkten und indirekten Steuern ungefähr die Waage halten. Die direkten Steuern sind um wenige Milliarden höher veranschlagt als die indirekten. Dieses Gleichgewicht zwischen direkten und indirekten Steuern ist zweifellos das Ergebnis politischer Erwägungen, die darauf gerichtet sind, die parlamentarischen Schwierigkeiten für die Durchbringung des Steuerprogramms zu verringern und auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Der Reichstag dürfte im Anschluß an die Rede des Reichsleiters und die Debatte die Einziehung einer besonderen Steuerkommission beschließen, der während der Sommerferien die Vorberatung der einzelnen Steuergesetzentwürfe obliegen würde.

Proteste der Presse gegen die Sanktionen

Hamburg, 5. Juli. Der Reichsverband der deutschen Presse beschäftigt sich in seinen gestrigen Verhandlungen mit der Wahl der Vorstandes, der mit dem Vorsitzenden Heinrich Köppler an der Spitze wiedergewählt wurde. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, mit allen Mitteln darauf zu dringen, daß die sogenannten Sanktionen nun ohne Verzug aufgehoben werden. Bezüglich Oberösterreichs spricht der Reichsverband die Erwartung aus, daß durch eine baldige Entscheidung des Obersten Rates im Sinne des Friedensvertrages und der Abstimmung dem Leiden des gequälten Landes ein Ende gemacht werde und daß damit auch die deutsche Presse Oberösterreichs in kürzester Zeit wieder in den Besitz ihrer vollen Freiheit gelangt.

Dortmund, 5. Juli. Der deutsche Verlegerverband „Lokalpresse“ nahm in seiner heutigen Vollversammlung in Dortmund einstimmig eine Entschließung an, in welcher derselbe öffentlich und feierlich gegen die Aufrechterhaltung der Sanktionen im Westen des Deutschen Reiches durch die Alliierten protestiert. Es heißt darin: Wider alles Recht werden dem deutschen Volk Lasten auferlegt, die unerträglich sind und die immer mehr in verhängnisvoller Weise auf das deutsche Wirtschaftsleben, namentlich aber auf Handel und Industrie in Westdeutschland sich auswirken. Auch die Presse und damit das ganze öffentliche Leben hat unter diesen unhaltbaren Zuständen im bedenklichen Gebiet ungeheuerlich zu leiden, daß die Pressefreiheit, die Kritik und das Wirken der Parteien aufs höchste bedroht sind.

Eine japanische Arztstiftung

Berlin, 4. Juli. In Tokio übergab am 1. Juli Professor Arima namens 50 japanischer Ärzte, die ihre Studien in Deutschland machten, dem deutschen Volkshfreund 400 000 Mark, die als Stiftung für die medizinischen Fakultäten deutscher Universitäten bestimmt sind.

Kathenau über den Wiederaufbau Europas

Hamburg, 5. Juli. Vor dem Hamburgischen Ausschuß für den Wiederaufbau führte Minister Dr. Rathenau in einer Rede u. a. aus: Das Problem des Wiederaufbaues ist nur ein Ausschnitt aus dem großen europäischen Problem, das nicht durch die Mittel der Politik, nicht von Einzelnen, nicht von Regierungen, sondern nur von den Völkern selbst und der Macht der Erkenntnis gelöst werden kann. Es handelt sich darum, einen Kontinent wiederherzustellen. Die Lösung des Problems wird darin bestehen, daß die große Verflochtenheit der europäischen Nationen, die freiwillige oder unwillkürliche Schicksalsgemeinschaft eines ganzen Kontinentes erkannt wird, und daß die Konsequenzen gezogen werden, die die Zeit und Not fordern. Verflochten sind die Länder zunächst nur durch die Kette ihrer materiellen Verflechtung. Es gibt heute kein Land, das nicht verschuldet wäre, mit Ausnahme des großen Reiches jenseits des Ozeans. Generalgläubiger der Welt ist Amerika, Generalgläubiger Deutschlands und zwischen ihnen eingeschaltete sämtliche Nationen, gleichzeitig als Schuldner und Gläubiger, jede der anderen verbunden und verpflichtet. Weiterhin sind die Länder verflochten durch die Entwertung ihrer Geldmittel, Mindestwertig ist das Geld aller europäischen Nationen.

Die kleinen europäischen Territorien werden, wenn sie sich ihres Zustandes nicht bewußt sind, nicht imstande sein, die großen technischen Aufgaben der Zukunft zu lösen; denn die technische Führung liegt da, wo die Größe der Produktion liegt. Die Größe der Produktion aber ist bedingt durch die Größe des Konsums, d. h. die Größe des Territoriums. Vor allem aber sind die Länder Europas verbunden durch eine Krise, die über ihnen schwebt. Viele sind geneigt, die Krise anzusehen als eine vorübergehende Erscheinung, die geheilt werden könnte durch die einfachsten Mittel, mit denen man früher wirtschaftlichen Erschütterungen begegnete. Im Irrtum sind, die da glauben, diese Krise sei eine organische Krankheit des tief leidenden Gesamtwirtschaftskörpers. Von den Bewohnern des Planeten sind 300 Millionen als Konsumenten ausgegliedert. Durch diesen Krieg hat eine Umwälzung unter der Bevölkerung stattgefunden, die leider allzu schwer den Ländern der Intelligenz mitgeteilt hat, die dadurch als Konsumenten ausgegliedert sind. Eine Umstellung des Produktionsprogrammes wird hierdurch erforderlich, die nicht in wenigen Jahren vollzogen werden kann.

Wenn wir eine Ueberflut der Geburden erleben an uns vorüberziehen lassen, dann sollte man glauben, daß keine Minute des europäischen und des Weltlebens verloren ginge, in der nicht die Kräfte des Wirtschaftslebens der Welt zusammenströmen und von früh bis spät beraten wie diese Krankheit zu heilen sei. Wenig ist davon zu sehen. Noch immer herrscht der Gedanke als könnte der eine gegeben, wenn der andere verbiest. Noch immer herrscht der Gedanke der Vereinfachung, der Bergeltung. Gegenwärtig scheint die Politik die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln zu sein. Es ist zu begreifen, daß die Absichten gegen den Krieg sich in die Seelen aller Menschen eingeprägt hat. Wir Deutsche teilen diese Sehnsucht nach dauerndem Frieden. Doch können wir nicht begreifen, daß der Gedanke einer Sicherheit, wie man ihn zu fassen können glaubt, heute die Öffentlichkeit außerhalb Deutschlands fester bemagt als der Gedanke wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Die wahre Sicherheit der Nationen und des Weltfriedens beruht nicht auf individualistischen Grundlagen, sondern auf dem Gefühl der Verflochtenheit sämtlicher Glieder der Welt zu einem Ganzen. Und die Welt wird dann am gesicherteren und gesündesten sein, wenn die Lebensnotwendigkeit eines jeden erkannt wird. Unter denjenigen Nationen, mit denen wir im Kriege gelebt haben, hat sich der Gedanke festgesetzt, es könne ein Goldstrom entpringen, gestaut und gefangen werden, der von Deutschland ausgeht und alle anderen zur Gesundung führt. Ich lasse es ungeprüft, ob eine Stellung durch einen Goldstrom, der von einem Lande ausgeht, der Welt zugute kommen würde — aber zu jenseits ein solcher Goldstrom wird kaum erleben! Wir Deutsche sind verpflichtet, durch unsere Unterwürigkeit. Wir werden sie erfüllen und bis an die Grenze unseres Könnens gehen, um die Ehre unseres Namens zu wahren, der als Unterwürigkeit unter den Verträgen steht, deren Verbindlichkeit wir betonen, auch wenn sie nicht unseren Wünschen entsprechen. Das hindert uns aber nicht offen zu sagen, daß die Formen, in denen die Erfüllung von uns verlangt wird, nicht entsprechen dem Kraftzustand des Landes, daß sie nicht angepaßt sind unseren deutschen Verhältnissen.

Wir wissen, daß Deutschland kein Land des Goldes und auch kein Land der Rohstoffe ist, mit Ausnahme des Kohlenvorrates, der in keiner Weise unsere Bedürfnisse deckt.

Wir können nur zahlen mit der Arbeit unserer Hände und unseres Geistes und wir wollen es redlich tun. Die Aufgabe, die erforderlich ist, erreicht den Betrag von 10 Milliarden. Ein solcher Betrag ist nahezu so groß, wie unsere ganze Fremdenausfuhr gewesen ist und ein solcher Betrag kann nicht auf die Märkte gebracht werden, ohne daß dadurch schwere Wirkungen ausgelöst werden bei allen Nationen der Erde. Zweifellos habe man erwoogen, was geschehen würde, wenn die Märkte der Erde durch die deutschen Waren in diesem Umfang benachteiligt werden würden, und so kam man zu dem Anber.

Es ist zu hoffen, daß der größte Staat jenseits des Ozeans, mit dem uns seit gestern hoffentlich ein ewiger Friede verbindet, erkennen wird, daß die Zustände in Europa nicht gestellt werden können, wenn ein so großer Komplex von der riesengroßen Amerika fernbleibt. Verheßen dürfen wir uns nicht, daß Deutschland Schwächen und harten Fahren entgegengeht. Nur wenn wir erkennen, daß die Verpflichtungen, die uns auferlegt sind, ein ganzes Land erfordern, werden wir imstande sein, die Lasten zu tragen, die uns auferlegt sind. Dann aber werden wir sie tragen. Wenn aber Deutschland sich gewachsen zeigt, die Lasten zu tragen, dann kann Deutschland das Haupt erheben unter den Völkern; denn es hat den Wiederaufbau der Welt geschaffen. Das bedeutet eine hohe und große Mission unter den Völkern, die uns trösten wird, in den Arbeiten, die da kommen.

Liebesgaben an die Agrarier und die neuen Steuern

Der Getreidepreis wird ab 15. August nach den Feststellungen der Interkommission um durchschnittlich 50 % erhöht. Der Brotpreis soll indessen „nur“ um 40 % erhöht werden. Wie man das machen soll, mag dem Zentrum und seinem Hermes klar sein, aber sonst Niemanden. Wahrscheinlich denkt man wieder einmal an erhöhte Reichszuschüsse, während es doch ganz klar ist, daß wir, um zu erfüllen, die Reichszuschüsse zum Lebensunterhalt, zum Wohnungsbau und zu den Kosten der Verbrauchsanstalten so rasch wie möglich abbauen und beseitigen müssen. Jedenfalls verschafft die Erhöhung der Getreidepreise den Landwirten eine Mehreinnahme von 1 875 Millionen, und man sollte glauben, sie könnten damit zufrieden sein.

Aber weit gefehlt! Die Preiserhöhung für Getreide um 50 % gilt nur für das Umlagegetreide d. h. für 2½ Millionen Tonnen. Das übrige Getreide wird in den freien Handel gebracht und wird, da die deutsche Regierung noch keinesfalls den Bedarf deckt, sehr rasch auf den Weltmarkt preis hinaufgetrieben werden. Dieser Weltmarktpreis ist rund 5000 M für die Tonne gegen rund 2000 M für das Umlagegetreide. Diese 2000 M sind von der Interkommission ermittelt als reichlich bemessene — Selbstkosten einschließlich normalen Gewinns. An jeder Tonne Getreide, die nicht Umlagegetreide ist, verdient der Landwirt also über die amtlich ermittelten Selbstkosten hinaus einen Mehrgewinn von 3000 M. Je nach dem Ausfall der Ernte erwächst daraus der Landwirt ein Ueberverdienst von 6 Milliarden oder 9 Milliarden, oder vielleicht noch mehr. Man geht schmerzlich fehl, wenn man behauptet, daß die deutsche Landwirtschaft Dank der Hermespolitik in diesem Jahre auf Kosten der städtischen Bevölkerung einen über den normalen Verdienst hinausgehenden Uebergewinn von einer Milliarde Goldmark — Goldmark! — haben wird.

Dabei ist das Jahr 1921 nicht das erste, in dem es der Landwirtschaft so glänzend geht. Im vorigen Jahre hatte z. B. die Interkommission, in der die agrarischen Interessenten die Mehrheit haben, als Richtmaß den Preis für den Zentner Kartoffeln 20 M ermittelt. Dabei sind alle Umstände berücksichtigt, die Erzeugungskosten auf schlechteren Böden, die Verzinsung des Kapitals und der Gewinn des Unternehmers. Um einen Anreiz zur Vermehrung des Kartoffelbaus zu geben, setzte das Reichswirtschaftsministerium einen Kartoffellieferungspreis von 25 M fest. Der treffliche Hermes hob die Kartoffelwirtschaft kurzerhand auf, und der Preis des Zentners Kartoffeln stieg von 25 M auf 45 M, im Frühjahr auf 60 M. Da auf den Kopf der städtischen Bevölkerung — zirka 35 Millionen Menschen — ein Durchschnittsverbrauch von 5 Zentnern Kartoffeln zu rechnen ist und die Landwirte an jedem Zentner Kartoffeln einen Uebergewinn von 20 M machten, bedeutete diese Aufhebung dieser Kartoffelwirtschaft ein Gewinn von beiläufig 3½ Milliarden Mark an die Landwirtschaft. Die Agrarier haben sich über die Republik wahrhaftig nicht zu beklagen.

Es hat heute keinen Sinn mehr, über die Zwangswirtschaft zu streiten. Sie war ein eilig aufgebauter Bau der Not und wies viele Fehler der Organisation auf. Trotzdem war sie weit besser als ihr Ruf, und eine spätere Zeit wird mit Nutzen aus den Erfahrungen der Kriegs- und Revolutionsjahre zurückgreifen können. Heute indessen ist die Zwangswirtschaft auf keinem Gebiete mehr zu halten, sie ist soweit durchlöchert und abgebaut, daß die stehen gebliebenen Ruinen von jedem Standpunkt aus wertlos geworden sind. Die Zwangswirtschaft muß also fallen. Das bedeutet, daß die Preise der Lebensmittel in Deutschland sich binnen kürzester Zeit an die Weltmarktpreise anpassen müssen, und dies wiederum ist gleichbedeutend mit Milliardenverlusten für die Besitzer von Grund und Boden.

Alle Schichten des arbeitenden Volkes sind während Krieg und Revolution verarmt. Sie haben nur leben können, indem sie von vorhandenen Vorräten Einrichtung wie Wäsche, Kleider usw. zehrten. Wer einen Notpfennig besaß, hat ihn aufgesteuert; vielfach hat das Leibhaus ausbleiben müssen. Neben dem ausgebrochenen Kriegshöllen und den Kriegsgewinnern gibt es eine Schicht im Volke, die während Krieg und Revolution nicht Schulden gemacht, sondern Schulden bezahlt hat; das ist die Landwirtschaft. Vor dem Kriege waren die landwirtschaftlichen Eigentümer ziemlich stark verschuldet, die landwirtschaftlichen Güter durchschnittlich mit 40 % ihres Wertes, hypothekarisch belastet. Heute ist die Hypothekbelastung der Landwirtschaft auf weniger als 10 % des Wertes gesunken.

Was fordert nun die sogenannte Erfassung der Goldwerte? Nichts anderes, als daß die Landwirtschaft wieder so belastet werden soll, wie sie es vor dem Kriege war und damals im kaiserlichen Deutschland ist es doch — das wird die Reichspresse scharf bekämpfen — der Landwirtschaft aewig gut gegangen. An erster Stelle

oll auf die landwirtschaftlichen Güter eine Hypothek für die Reparationen und das Reich in Höhe von etwa 30% des heutigen Verkaufswertes eingegangen werden, wobei besonders günstige Bedingungen für sofortige Barablösung gestellt werden können. Wir zweifeln nicht, daß die große Mehrzahl der landwirtschaftlichen Besitzer in der Lage ist, mit Hilfe der gehamptierten Banknoten die Goldwertsteuer bar zu bezahlen.

Wird dieser Weg nicht beschritten, wendet das deutsche Reich der Landwirtschaft eine jährliche Riebesgabe von einer Goldmilliarde Mark zu und verjagt sie mit der einzig wirksamen Steuer, dann kann Deutschland nicht erfüllen. Aber die Feinde werden es zur Erfüllung zwingen. Die Steuer, die jetzt abgelehnt wird, würde nach Jahresfrist in irgend einer ungewöhnlichen und brutalen Form durch ein Ultimatum der Entente erzwungen werden. Die „Patrioten“ mögen es darauf ankommen lassen, sich erst wieder zwingen zu lassen. Genau wie bei der Dregsch. Aber der Zwang kommt Deutschland sehr viel teurer zu stehen als die freiwillige Leistung. Die Sozialdemokratie dürfte alsdann vor der Frage stehen, ob sie in einer Regierung bleiben kann, die nicht durch scharfe Erfassung der Goldwerte beweist, daß sie den Willen hat, und die Möglichkeit schafft, wirklich eine Regierung der Erfüllung zu sein.

„Deutsche Stegelei“

Unter dieser Ueberschrift bringt die polnische Presse folgende Mitteilung:

In Warschau erscheint unter dem Titel „Fundamenta mathematica“ eine wissenschaftliche, den Problemen der Mathematik gewidmete Zeitschrift. Die üblich, verlegenden die Herausgeber die Zeitschrift an andere Zeitschriften und ähnliche Institute im Ausland. U. a. wurde sie auch an das mathematische Institut in Jena überandt. Darauf antworteten die deutschen Gelehrten nach dem „Kurier Warschawski“ wie folgt:

Jena, 31. Mai 1921.

An die Redaktion der „Fundamenta mathematica“, Warschau

Zufendung von polnischer Seite verboten.

gez. Prof. Dr. Gaußner,

Direktor des mathematischen Instituts in Jena.

Vom deutschen Standpunkt aus können solche Aufhebungen eines engherzigen Nationalismus nur auf Lebensdauer bedauert werden. Besonders betrübend ist es, daß die deutsche Wissenschaft, die doch vor allem berufen sein sollte, von ihrem neutralen Gebiet aus der Völkerverbödnerung zu dienen, in die Niederungen des Völkerverhältnisses hinabsinkt.

Börse und Sozialisierung

Der Kurs der Aktien der Adler u. Oppenheimer Lederwerke Aktien-Gesellschaft in Berlin ist von 635 am 18. März auf 1700 am 1. Juli 1921 gestiegen. Das Aktienkapital beträgt 12 Millionen Mark. Der Kurswert derselben ist mithin von rund 76 auf 204 Millionen Mark innerhalb weniger Wochen gestiegen und die Aktionäre haben mühelos 128 Millionen Mark Vermögenszuwachs zu verzeichnen. Nach der Art des Unternehmens verteilt sich dieser Zuwachs auf sehr wenige Hände. Die Aktien sind größtenteils in Familienbesitz.

Es fragt sich nun, welchen Vorteil das in noch nie dagewesener finanzieller Not sich befindende Reich an diesem unverdienten Vermögenszuwachs, wie hoch waren die Steuererträge des Reiches aus dem Betriebe der Gesellschaft selbst, wie hoch die Abgabe der Aktionäre aus ihrem verworbenen Besitz an Kriegsabgabe, Reichsnotopfer und Vermögenszuwachs? Die Bilanz des Unternehmens ist noch nicht veröffentlicht, es kann aber schon jetzt gesagt werden, daß die von der Gesellschaft entrichteten Steuern in keinem Verhältnis zum inneren Wert des Unternehmens, der sich in dem Kurs der Aktien ausdrückt, aber auch in keinem Vergleich zu der ungleich höheren Abgabe von 10 Prozent, welchen sich die Arbeiter an ihrem Lohn gefallen lassen müssen, steht. Noch besser sind die Aktionäre daran, da der Kurs der Aktien an den Veranlagungszeitpunkten, am 30. 6. 1919 und 1. 1. 1920 nur 220 bzw. 410 betrug.

Die berufenen Organe der Regierung haben oft genug laut und deutlich verkündet, daß neben den Kriegs- und Nach-

kriegsgewinnlern nicht noch Reparationsgewinnler emporkommen sollen. Diese Reparationsgewinnler fördert sie aber selbst durch hohe Zuwendungen von Entschädigungen. Auch bei den Adler u. Oppenheimer-Werken ist die Höhe der Entschädigung namentlich auf eine ganz bedeutende Regierungszuwendung für ihre entzogenen Geschäftlichen Tätigkeiten zurückzuführen. Zurzeit sind solche Entschädigungen der Industrieunternehmen an der Tagesordnung, wenn sie auch nicht so hoch in die Augen fallen wie bei Adler u. Oppenheimer, Sarotti ufm.

Ist sich die Regierung darüber klar, daß das Ausland solche Bewegungen der Börse, die ja der Barometer des Wirtschaftslagens sein soll, mit größtem Interesse verfolgt und daraus den Schluß zieht, daß das geknechtete und gerüttelte Deutschland noch weit mehr bezahlen kann, als man ihm auferlegt, und denken die maßgebenden Kreise nicht daran, welche Verbitterung es bei den Arbeitern solcher Betriebe hervorzurufen muß, wenn sie sehen, wie wenige Kapitalisten mühelos Millionen einheimen, während dieselben wenigen Kapitalisten die der heutigen Teuerung schon nicht entsprechenden Löhne herabdrücken? Will die Regierung wirklich, wie der Kampf gegen den Kapitalismus bis aufs Messer im Sinne des Wortes beginnt, oder wird sie endlich ernstlich zur Sozialisierung schreiten?

Badische Politik

Ein Reinsfall der „Badischen Post“ nach dem anderen. Wie bereits berichtet, hat der Prozeß der Badischen Vertriebsstelle gegen die Anlagen der „Badischen Post“ in Heidelberg mit einer schweren Niederlage des Organs der „Liberalen Volkspartei“ gendet. Gemäß dem geschlossenen Vergleich veröffentlicht das Blatt nunmehr folgende Erklärung seines Chefredakteurs Kurt Fischer:

„Es ist mir durchaus fern gelegen, den Herrn Privatkläger Herrich beleidigen zu wollen. Ich wollte mit meinen Zeitungsartikeln, die den Gegenstand der Privatklage bilden, lediglich dem öffentlichen Interesse dienen. Ich habe mich aber durch den Gang der heutigen Hauptverhandlung davon überzeugt, daß ich durch die Personen, die meine Gedächtnisprotokolle sein wollten, irregeführt worden bin und daß sich die Behauptungen in meinen Artikeln gegenüber der Badischen Vertriebsstelle erhoben sind, nicht aufrecht erhalten lassen. Ich nehme die Beleidigungen, die in jenen Protokollen enthalten sind, hiermit unter dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Der Angeklagte trägt die Kosten einschließlich der Revisionsgebühr des klag. Herrn Vertreter.“

Die „Badische Post“ knüpft an diese Erklärung bittere Bemerkungen über den Mißbrauch an, daß kein Tag vergeht, an dem man nicht an die Presse mit der mehr oder minder energischen Forderung herantritt, in dieser oder jener Angelegenheit vorzugehen. Wir haben für diesen journalistischen Mißbrauch des rechtsorientierten Blattes, das in diesem Falle frohen Herzens sogar seine Zustucht zu der von ihm sonst für „Karlshäuser Zeitung“ nimmt, volles Verständnis, müssen jedoch gestehen, daß normalerweise das Verantwortungsgesühl des Redakteurs der Damm sein muß, an dem sich der Wille zum Mißbrauch der Presse durch gewisse Kreise brechen muß. Und hier scheint es eben aus der Absicht unbedingter Opposition heraus bei dem Heidelberger Blatt zu fehlen. Besonders zeigt sich dies, von sonstigen Fällen abgesehen, wenn man die jetztzeitigen herabsetzenden Angriffe des Blattes der jetzigen amtierenden Feststellung in der „Badischen Post“ gegenüberhält, daß „der Reinsfall“ des in Baden liegenden Gezeuges ordnungsgemäß erfolgt ist.

Um die diversen Reinsfälle der „Badischen Post“, die immer noch das offizielle Organ der Deutschliberalen Volkspartei Baden ist, voll zu machen, sei mitgeteilt, daß „Die Welt am Montag“ in ihrer letzten Nummer eine Erklärung veröffentlicht, wonach die neulichen Schmähungen der Korrespondenz „Deutscher Zeitungsblick“ über Hellmut von Gerlach und Professor Nicolai, „die hätten französischen und englischen Offizieren in der Entwaffnungsfrage Material gegen deutsche Behörden geliefert und sich dafür mit hohen Summen bezahlen lassen“, unwahr seien. Aufgrund der Verhandlungen im Säbetermin muß nun der „Deutscher Zeitungsblick“ folgende Erklärung veröffentlichen:

Wir haben uns davon überzeugt, daß die in diesen Sätzen enthaltenen Behauptungen samt und sonders nicht der Wahrheit entsprechen. Insbesondere ist die Behauptung wahrheitswidrig, daß Herr von Gerlach jemals zu irgend einem Zweck von der Entente oder aus Ententequellen Geld erhalten habe. Wir bedauern, völlig unbegründet Behauptungen verbreitet zu

haben, die dazu angetan waren, Herrn von Gerlach in seiner Ehre schwer zu kränken. Wir erklären, daß nicht der geringste Anhalt vorliegt, anzunehmen, Herr von Gerlach habe aus anderen als idealen Motiven seine Politik getrieben.“

Laut Vergleichsbescheid muß diese Erklärung von all den Zeitungen veröffentlicht werden, die feinerzeit den Schmähartikel über Gerlach-Nicolai in der „Badischen Post“ am Montag“ mitteilten, gehört hierzu (neben dem „Schwäbischen Merkur“) auch die „Badische Post“ in Heidelberg. Zählt nun die Wiedergabe der Schmähmeldung des „Deutschen Zeitungsblickes“ über Gerlach-Nicolai in der „Badischen Post“ mit zu jenen Artikeln, bei denen sie sich, wie sie in ihrem Klageschied singt, „auf Verdrehungen und Grobheiten gefaßt machen“ müßte, wenn sie sich weigert, sie anzunehmen?

Der Kampf um die Besteuerung des platten Landes ist bereits in der ersten Sitzung, welche der Haushaltsausschuß am Dienstag nachmittag abhielt, um die 2. Lesung des Ertragsteuergesetzes zu beginnen, scharf entbrannt. In der ersten Sitzung war beim § 7 u. a. gesagt: Der Steuerfuß für die verschiedenen Steuerwerte wird in folgendem Verhältnis der Steuererhebung zugrunde gelegt: bei Kassifizierten und diesen gleich zu behandelnden Grundbesitzern und bei einzelnen geschätzten Hofgütern zweiundeinhalbfach. Ein Genetransaktionsantrag aber lautete:

In § 7 Abs. 2 der Beschlüsse erster Lesung ist zu setzen: „Beim Wald, bei Kassifizierten und diesen gleich zu behandelnden Grundbesitzern und bei einzelnen geschätzten Hofgütern zweifach.“

Die antwortstellende Partei erklärte, die Lage der Landwirte sei keineswegs eine so rosig, wie sie dargestellt werde. Die Geböhrten seien erschöpft. Die Landwirtschaft werde zu Unrecht stark steuerlich belastet. Demgegenüber vertritt die sozialdemokratische Fraktion auf die Tatsache des Steuerabzugs von 10% für alle Arbeiter und Beamten hin. Der Landwirtschaft könne man das Entkommen nicht genau nachrechnen. Auch in diesem Jahre seien in einigen Kirchengegenden wieder sehr hohe Einnahmen erzielt worden. An sich seien die Landwirte immer noch besser dran, wie die unter den hohen Lebensmitteln- und Warenpreisen leidenden Städte. Werde der Antrag des Zentrums angenommen, lehne die sozialdemokratische Fraktion das Gesetz glatt ab.

Ein demokratischer Redner trat aber nur für seine Person den Argumenten des Zentrums bei. — Darauf erfolgte die Abstimmung. Sie ergab erfreulicherweise, daß der Antrag des Zentrums mit 10 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde. Für ihn hatten gestimmt die 6 Mitglieder des Zentrums und ein Demokrat, gegen ihn die 6 Sozialdemokraten, 3 Demokraten und 1 Deutschnationaler.

Das Geschäftsgeschehen der Landwirtschaftskammer. Der Landtagsausschuß zur Nachprüfung des Geschäftsgeschehens der Landwirtschaftskammer hat am Montag seine Arbeiten beendet und den von Abg. Dr. Leszer (Dem.) erstatteten schriftlichen Bericht gutgeheißen. Der Ausschuss gelangte dabei einstimmig zu folgendem Schlußantrag. Der Landtag wolle 1. sein Bedauern darüber aussprechen, daß eine öffentliche Körperschaft wie die Landwirtschaftskammer und einzelne ihrer Beamten in einer Reihe von Fällen gesetzlich nicht einwandfrei gehandelt haben; 2. das gewonnene Material dem Ministerium des Innern als Staatsaufsichtsbehörde zur weiteren Veranlassung übermitteln.

Redarattengesellschaft. Bei der am 1. Juli in Stuttgart abgehaltenen 1. Generalversammlung der Redarattengesellschaft wurde der Aufsichtsrat bestellt, der aus 41 Mitgliedern besteht. Baden ist im Aufsichtsrat vertreten durch Ministerialdirektor Fuchs und Baurat Spieß vom Arbeitsministerium, Oberbürgermeister Kucher-Mannheim, Bürgermeister Dr. v. Gerlach, Heidelberg, Bürgermeister Dr. Leiß-Neckarstadt, Fabrikant Bögel, Mannheim, Direktor Kern-Mannheim, Ob-Ingenieur Helmle und Regierungsrat Mayer-Karlsruhe. Zum Vorsitzenden wurde Staatssekretär Kirchgast vom Reichsverkehrsministerium gewählt.

Aus der Partei

Göhenwettertag, 4. Juli. Donnerstag, 7. Juli, findet im Gasthaus zur „Hochburg“ eine Mitgliederversammlung statt, zu der Gen. Fr. v. S. Karlsruhe erschienen und einen Vortrag halten wird. Das Erscheinen eines jeden Parteigenossen ist Pflicht. Beginn der Versammlung 9 Uhr abends.

Das Kloster bei Sendomir

Novelle von Franz Grillparzer

(Fortsetzung.)

„Unvermutet erschien nach einiger Zeit der Graf auf der Grenze seiner Besitzung, in seinem Gefolge ein verschlossener Wagen, von dessen Inhalt niemand wußte. Eine verhüllte Gestalt, vielleicht durch Nebel am Sprechen verhindert, ward heraufgehoben und dem durch Briefe im Voraus an die Grenze beschickten Hausverwalter übergeben. Die alte Warte an der Westseite des Tiergartens, seitdem sorgfältig verschlossen, nahm die sonderbare Erscheinung in ihren Gemächern, und dunkle Gerichte verbreiteten sich unter den Bewohnern der Umgegend.“

Der Graf ging auf sein Schloß. Laut jubelnd kam ihm Elga entgegen, das Kind an ihrer Hand. Er hörte, wie unruhig man über seine plötzliche Abreise geredet, wie sehr man ihn zurückwärtet. Der kleinen Fortschritte wurden angelehnt, einige Proben der erlangten Geschicklichkeit auf der Stelle abgelegt. Da die Zeit des Abendessens gekommen war, erklärte Starzenski sich unpaß und ermüdet von der Reise. Er ging, trotz aller Gegenstellungen, allein auf sein Zimmer, wo er sich eintrug. Doch war sein Bedürfnis nach Ruhe nur vorübergehend, denn nichts verließ er sein Gemach und ging allein nach der Warte, wo er bis zum granenden Morgen blieb.

Am darauffolgenden Tage war Elga verdrießlich, schmolzend. Des Grafen nächtlicher Gang war nicht unbemerkt geblieben. Elga fand sich vernachlässigt und zeigte ihre Unzufriedenheit darüber. Starzenski unterbrach ihre mahnenden Reue, indem er von ihrer beiderseitigen Lage zu sprechen anfing. Er bemerkte, daß bei seinem jetzigen Aufenthalt in Warschau, bei dem erneuten Anblick der Zeitungen jener genussliebenden Stadt es ihm klar geworden, wie ein so reizendes, lebensfrohes Wesen, als Elga, auf dem Lande gar nicht an ihrer Stelle sei. Er fragte sie, ob sie den Aufenthalt in der Hauptstadt vorziehen würde? — In seiner Seite, ja! entgegnete sie. — Er selbst, versicherte der Graf, werde durch seine Geschäfte auf den Gütern festgehalten; seine Vermögensumstände seien schlimmer, als man geglaubt, er müsse bleiben. — Dann drückte auch sie, sagte Elga. In seiner Seite wolle sie leben und sterben. Nun verwünschte sie die beiden Brüder, die durch ihre unverschämten Forderungen den allgütigen Gatten in so mancher Verlegenheit gefügt. Sie versicherte, nun aber auch jeden Reiz Liebe für sie abgelegt zu haben. Wenn ihre Brüder bet-

telnd vor der Türe ständen, sie würde nicht öffnen, sagte sie. Der Graf übernahm zum Teil die Verteidigung seiner Schwägerin. Er habe sie in Warschau gesprochen. Es war einer ihrer Verbannungsgefahren bei ihnen — wie hieß er doch? — Elga sann gleichfalls nach. — Ogniski! rief der Graf und blühte sie rasch an. Sie veränderte nicht eine Miene und sagte: Die Genossen meiner Brüder sind alle schlecht, dieser aber ist der schlechteste! — Welcher? — Den du nannest! — Welcher war das? — Nun, Ogniski! antwortete sie, und ein leichtes Lächeln in ihren Zügen verriet eine vorübergehende Bewegung.

„Der Graf war ans Fenster getreten und blühte hinaus. Elga folgte ihm, sie lehnte den Arm auf seine Schulter. Der Graf stand unbeweglich. Starzenski, sagte sie, ich bemerke eine ungeheure Veränderung in deinem Wesen. Du liebst mich nicht, wie sonst. Du verschweigst mir manches. Der Graf wendete sich um und sagte: Nun denn, so laß uns reden, weil du Rede willst. Langebeure Unglücksfälle haben mich getroffen. Du kennst die Zerrüttung meiner Vermögensumstände, du kennst deren Ursache. Was noch sonst mich drückt, weißt du. Wenn nun diese Ereignisse schwer auf mir liegen, so martert nicht weniger der Gedanke, daß ich die Ursache wohl gar selbst herbeigeführt habe. Gewiß war der Reichtum tadelnswert, mit dem ich das Erb meiner Väter verwalte; vielleicht war ich aber sogar das Maß strafbar, als ich, der Störische, an Abgeschiedenheit Gewohnte, um die Hand des lebensfrohen Mädchens warb, unbekümmert über die Richtung ihrer Gefühle und Reigungen, unbekümmert, ob ich sie, meine Frau geworden, zu einer Lebensart verdamme, deren Einformigkeit ihre unerträglich werden müßte. — Starzenski! sagte Elga und sah ihn mit schmeichelndem Vorwurfe an. — Man hat mir fremde Dienste angeboten, fuhr Starzenski fort, und genau befehen, ist es vielleicht an besten, ich werde für einige, vielleicht für längere Zeit das Land meiner Väter. Weshalb noch waren meine Entschlüsse fester. Aber die Ueberlegung der heutigen Nacht zeigte mir diesen Entschluß als den besten. — Heute nacht, versetzte Elga mißtrauisch, heute nacht hast du überlegt? — Und wo? Auf jener Warte etwa? — Und da Starzenski betroffen zurückfuhr: Ob ich dich? fuhr sie fort. Von dorthin hast du deine Befehle? Von dorthin deinen Wunsch, zu reisen? — Und die Reisefahrt wohl auch? Durch das Gerücht müßte ich erfahren, wie eine verführte Gestalt, wahrscheinlich eine glücklichere Geliebte, dort abgehrt ward, zu der du nun allnächtlich die Fährlichkeit trügst, die du an dem Altare mir geschworen? Ist das mein Lohn? Komm! wendete sie sich zu dem danebenstehenden Kinde, komm! Wir sind ihm zur Last! Er hat andere Freuden kennen ge-

lernt, als in dem Kreise der Seinen! Damit wendete sie sich zum Gehen. Ein gelientes Hohnschlächter entfuhr dem Munde des Grafen, über das er selbst zusammenstarrte, wie über das eines andern. Elga wendete sich um. Ich wüßte wohl, sagte sie, daß es nur Scherz war. Aber die Entfaltung des Geheimnisses jener Warte erspart dir dir noch nicht. Ich muß selbst schauen, was sie verbirgt. Verspricht mir das? — Der Graf war auf ein Kniebeuge gesunken und verhüllte das Gesicht in seine Hände. Da hörte er eine Türe gehen. Durch die Finger blickend sah er das Kammermädchen seiner Frau, die eben mit ihrem Kuchengebeirte einzutreten wollte, und Elga, die mit einem kitzigen Gesichte ihr Entfernungen zuwinkte. Elga nähte hierauf dem Kuchentische und sich neben ihren Gatten hinsetzend, sprach sie: Komm, Starzenski, laß uns Frieden schließen! Wir haben uns ja doch schon so lange nicht ohne Zeugen gesprochen. Damit neigte sie ihre Wangen an die seinige und zog eine seiner Hände an ihr Kopfendes Herz. Ein Schauer überfiel den Grafen. Hölle! stand er vor ihm. Er stieß sein Weib zurück und entfloh.

„Mitternacht hatte geschlagen. Alles im Schlosse war stille. Elga schlief in ihrem Zimmer. Da fühlte sie sich angefaßt, und aus dem Schlafe emporkommend, sah sie beim Schein der Nachtlampe ihren Gatten, der, eine Wendlaterne in der Hand, sie aufstehen und sich ansetzen ließ. Auf ihre Frage: wozu entgegnete er: sie habe Verlangen gezeigt, die Geheimnisse jener Warte kennen zu lernen. Am Tage ging das nicht an; wenn sie aber hinterhins und nachhins nicht ldeue, so möge sie ihm folgen. Aber hast du nichts Neues im Sinne? sagte die Gräfin; du warst gestern abends so sonderbar! — Wenn du nicht folgen willst, so bleibe! sprach Starzenski; und war im Begriffe, sich zu entfernen. Galt! rief Elga. Nein! Zurück! Ich will die Warte allgemeinem Erbe ist, ich bin ich kein Weib. Auch muß dieser Zustand von Ungehörigkeit sein. Wie! bist du in dich gegangen, hast erkannt. — Wenn du dich überzeugen willst — sprach Starzenski, so steh auf und folge mir. — Elga war aus dem Bette gesprungen und hatte einen Schloßschlüssel überworfen. Sie wollte gehen. Aber indes war das Kind erwacht, das in dem Bette ihr zur Seite schlief. Es fing an zu weinen. Dein Kind wird die Bewohner des Schlosses wachen, sagte der Graf. De ohne Ein Wort zu sprechen, nahm Elga die Kleine empor, wickelte sie in ein wauerwühlendes Tuch, und das Kind auf der Arme, folgte sie dem leitenden Gatten.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Fall Jagow im Reichstag

21. Berlin, 5. Juli. Als in der Dienstagsitzung eine Anfrage wegen des Schiffsprozesses verlesen wurde, daß der Angeklagte durch seine Widersetzlichkeit das Ansehen des Gerichts schwer geschädigt hatte, ertönte von links der Ruf: „Jagow, wo bist du?“ Damit war der Uebergang zu den Interpellationen der Regierungsparteien und der Unabhängigen zu dem Fall Jagow gegeben. Staatssekretär Zetzsche teilte mit, daß die Interpellationen am Schlusse der Sitzung beantwortet werden sollen. Das Publikum mußte sich also in Geduld fassen. Maßnahmen gegen Widersetzlichkeiten der Angeklagten werden bei der Reform des Strafverfahrens geregelt werden.

Herr v. Gräfe (D.N.) führte Beschwerde über die Festlegung des ehemaligen U-Boot-Offiziers Boldt. Ein Regierungsvertreter sagte schriftliche Antwort zu, da die amtlichen Feststellungen noch nicht vorliegen. Auf die Aufforderung des Herrn von Gräfe, wenigstens jetzt schon das Behauern über den Fall auszusprechen, antwortete er ausweichend.

Ein Ergänzungsvertrag zu dem deutsch-russischen Abkommen über die Heimführung der Kriegsgefangenen wurde dem Auswärtigen-Ausschuß übermittelt.

Es folgte die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger bei der Angestelltenversicherung. Mit diesem Gesetz wurden die wichtigsten Bestimmungen der Vorlage zur Abänderung des Versicherungsgesetzes zur Angestelltenversicherung verbunden, wonach die für die Heranziehung zu der Versicherung maßgebende Einkommensgrenze von 15 000 M auf 30 000 M erhöht wird. Es werden drei Klassen geschaffen: Die Klasse K 5000—10 000 M, L 10 000—15 000 M und M mehr als 15 000 M. Die Beiträge betragen in K 33,20 M, in L 40 M und in M 48 M. Diese Bestimmungen sollen am 1. August 1921 in Kraft treten, die Rentenfestsetzung am 1. Januar 1921. Bei dieser Festsetzung handelt es sich um ein Kompromiß der Regierungsparteien, gegen das die Rechte Einspruch erhob. Der Kompromißantrag gelangte zur Annahme und mit ihm die Vorlage.

Einige zurückgestellte Bestimmungen wurden vorgekommen. Die Vorlage zur Verbilligung der Weisaktion wurde angenommen. Ein Antrag auf Tarifermäßigung für Zeitungsdruckpapier gelangte ebenfalls zur Annahme; nur die Kommunisten stimmten dagegen. Das ist die zweite Willensäußerung des Reichstags in dieser Frage. — Ein Antrag auf Verringerung der Kosten der Beamten- und Arbeitervertretungen fand keine Mehrheit. Die Reichszentrale für Heimatdienst soll umgestaltet werden. Das Gesetz zur Ueberwachung der Postpakete und ebenso das Wehrmachtsverorgungs-gesetz wurde angenommen.

Darauf wandte man sich den Interpellationen über Jagow zu. Dr. Spahn (Ztr.) hat in wenigen Worten den Justizminister um Auskunft im Namen der Regierungsparteien. Nach weitgehenden Erklärungen des Abg. Rosenfeld (U.S.) antwortete der Reichsjustizminister Schiffer. Das Bild änderte sich nun, denn unter allgemeiner Bewegung konnte er mitteilen, daß das Reichsgericht gegen eine Sicherheit von 500 000 M Herrn v. Jagow mit der Unteruchungshaft verhaftet hat. Dieser hat sich am 3. Mai einer Ladung zur Vernehmung gestellt. Die Anklageschrift ist jetzt fertig und wird in 8 Tagen dem Reichsgericht zugehen. Der Minister gab auch zu, daß dem Reichsgericht die Wohnung Jagows tatsächlich bekannt war. — Nach dieser Erklärung konnte die Aussprache keine Ueberwachung mehr bringen. Ueber ein kommunistisches Mißtrauensvotum soll am Mittwoch abgestimmt werden.

Sitzungsbericht

Berlin, 5. Juli.

Am Regierungstisch: Kommissare.
Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20.

Anfragen

Abg. Dr. Deermann (Bayr. Vp.) wünscht, daß bei der Teuerungszustimmung der normale Friedensstand zu Grunde gelegt wird.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die Teuerungszustimmung den Zweck habe, die Teuerungszustimmung zwischen den verschiedenen Orten darzustellen. Wenn man von Friedensstand ausgehen wollte, würde eine Änderung sämtlicher Zahlen notwendig sein.

Die Frage der Verlesung des Professorentitels an Angehörige der freien Berufe, namentlich an Ärzte — Anfrage Dr. Deermann (Bayr. Vp.) — wird erwidert.

Auf eine Beschwerde des Abg. Gallowitz (D.N.) wird mitgeteilt, daß die Intendanturregistraturen und Intendantursekretäre des ehemaligen Kriegsministeriums nicht höher gruppiert werden können.

Auf eine Anfrage des Abg. Graef-Thüringen (D.N.), der darauf hinweist, daß durch die Widersetzlichkeit des Kommunisten Götz bei seinem Prozeß das Ansehen der Gerichte geschädigt wurde, wird erwidert, daß diese Frage bei der allgemeinen Reform des Strafverfahrens geprüft wird.

Die Kosten des Volkstumunternnehmens — Anfrage Künzler (Unabh.) — stehen außer Frage, noch nicht fest. Graf von der Goltz verhandelt im Auftrage der damaligen Reichsregierung.

Abg. von Gräfe (D.N.) führt Beschwerde darüber, daß der Oberleutnant zur See Boldt gefesselt nach Leipzig transportiert wurde. Die Regierung wartet erst die amtlichen Ermittlungen ab und wird schriftliche Antwort geben. — Auf eine Ergänzungsanfrage, ob die Regierung nicht jetzt schon ihr Behauern über den Fall ausdrücken wolle, wird erklärt, daß erst die Feststellung des Sachverhalts abgewartet werden müsse.

Abg. Mumm (D.N.) wünscht die Förderung der Zeitschriften der Gesellschaft für Kulturforschung. Eine zusage Antwort wird erteilt.

Auf der Tagesordnung stehen dann die Interpellationen der Regierungsparteien und der Unabhängigen über den Fall Jagow. Sie sollen am Schluß dieser Sitzung beantwortet werden.

Eine Interpellation Dr. Lauscher (Ztr.) über die Verlehnung im Kreise Ronschau wird später beantwortet werden. — Das deutsch-russische Ergänzungsabkommen über die Heimführung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten geht auf Antrag des Abg. Schulz-Bromberg (D.N.) an den Auswärtigen Ausschuß. — Anträge des Beamtenausschusses über die Befähigung und einige Umgruppierungen werden nach den Erklärungen der Reichsregierung als erledigt angesehen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger der Angestelltenversicherung. Die Beihilfe beträgt bei Ruhegehaltsempfängern monatlich 70 Mark, die Witwenrente monatlich 75 Mark und die Waisenrente monatlich 80 Mark. Der Ausschuß hat die wichtigsten Bestimmungen der Vorlage zur Abänderung des An-

gestelltenversicherungsgesetzes mit dem vorliegenden Gesetz verbunden und auch einen Artikel 2 eingefügt. Danach beträgt die Einkommensgrenze, die für die Heranziehung zur staatlichen Angestelltenversicherung maßgebend ist nicht nur 15 000, sondern 30 000 M. Es werden die Klassen K (5—10 000 M), L (10 bis 15 000 M) und M (mehr als 15 000 M) eingefügt. Die Beiträge betragen in der Gehaltsklasse K 33,20 M, in der Klasse L 40 M, in M 48 M. Diese Bestimmungen sollen am 1. August 1921 in Kraft treten. Das Renten-gesetz gilt vom 1. Januar 1921 ab.

Abg. Lambach (D.N.): Die Sozialdemokraten haben im Ausschuß ihrem eigenen Koalitions-Arbeitsminister die Novelle zur Angestelltenversicherung gerissen vor die Füße geworfen. Der Miß in der Koalition ist noch nicht ganz verkleinert. Dieser Kompromißantrag führt zur Annullierung der Angestelltenversicherung durch die Linke. Das wollen wir nicht mit.

Abg. Thiel (D. Vp.): Der Antrag Erlesens zeigt, daß sich einzelne bürgerliche Parteien von den Sozialdemokraten haben nützlich machen lassen. Die Angestelltenversicherung soll in der Lebensversicherung aufgehen. Das wollen wir nicht mit.

Abg. Barz (Komm.): Der Unterschied zwischen den Arbeitern und Angestellten muß endlich aufgehoben werden.

Abg. Koch (Soz.): Es handelt sich nur um einen Notbehelf, der mit der allgemeinen Regelung der Angestelltenversicherung nichts zu tun hat.

Abg. Ande (Ztr.): Die Vorbereitung der Vorlage ist sehr mangelhaft; wir wollen den Gesetzentwurf aber noch vor den Reichstagsferien erledigen.

Abg. Schwarzer (Bayr. Vp.): Leider liegt nur der eine Antrag vor, der aber keine Verbesserung vorschlägt. Wir müssen ihm daher im Interesse der Angestellten notgedrungen zustimmen.

Abg. Sarkis (Unabh.): Wir wollen die Einkommensgrenze auf 30 000 M erhöhen, damit die Angestellten nicht wieder zur Lebensversicherung laufen.

Abg. Erlesens (Dem.): Das Gespenst der Sozialistenherrschaft in der Angestelltenversicherung kann uns nicht fesseln. Der Grundbesitz § 1 der Rentenvorlage wird einstimmig angenommen. Der Kompromißantrag Erlesens zur Abänderung des Angestelltenversicherungsgesetzes wird gegen die Kommunisten angenommen. Einstimmig wird beschlossen, daß die Bestimmung getroffen werden soll, wonach nur Männer wählbar sind. Der Rest des Gesetzes wird in zweiter Lesung angenommen.

Abstimmungen

Es folgen dann die bei den Haushaltsberatungen zurückgestellten Abstimmungen. Ein Antrag der Linken, die Forderung für die Verbilligung des Weises zu streichen, wird abgelehnt.

Ein deutschnationaler Antrag, die Regierung zu ersuchen, Zeitungsdruckpapier aus der Tarifklasse A in die Klasse B, unter Fortfall einer besonderen Gebühr für die Herstellung von Wagen, mit Wirkung vom 1. April 1921, zu versetzen, wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. — Ein Kompromißantrag, der eine besondere Regelung der Redaktionsverhältnisse der Lokomotivführer verlangt, wird abgelehnt. — Ein Antrag Hergt (D.N.), der erhebliche Erparnisse bei den Kosten der Beamten- und Arbeitervertretungen fordert, wird gegen die Rechte abgelehnt. — Ein Antrag Mumm (D.N.) am 1. Oktober zu schließen und nur diejenigen Arbeiten fortzuführen, deren Fortführung im Reichsinteresse geboten scheint, wird gegen die Rechte und die deutsche Volkspartei abgelehnt. Angenommen wird der Ausschußantrag, der die Umgestaltung der Zentrale und die Einsetzung eines parlamentarischen Beirates verlangt. — Das Gesetz zur Ueberwachung des Verkehrs mit Postpaketen wird nach einer ablehnenden Erklärung des Abg. Zubeil (Unabh.) in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ebenfalls angenommen wird in dritter Lesung das Wehrmachtsverorgungs-gesetz.

Der Fall Jagow

Zur Beratung gestellt ist dann die Interpellation über den Stand des Verfahrens gegen Herrn v. Jagow.

Abg. Dr. Spahn begründet die Interpellation der Regierungsparteien. Es handelt sich darum, die sofortige Aufklärung über den Fall zu beschaffen. Wir wollen dem Reichsjustizminister Gelegenheit geben, die Angelegenheit hier zu klären.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.): Die Unteruchung gegen Jagow schwebt seit 14 Jahren. Jagows Name trägt die blutige Blatte gegen Demonstrationen. Der Richter Toller läßt man im Gefängnis zu Grunde gehen, Herr Jagow aber (später) frei heraus. Es konnte sich für ihn noch nur um eine kurze Untersuchungshaft handeln, denn er wird natürlich freigesprochen. Es ist ein unerhörtes Skandal: Herr Schiffer weiß nicht, wo Herr Jagow ist. (Zuruf links: Vielleicht sitzt er auf der Tribüne Heiterkeit.) Einmal sah er schon oben als über ihn hier gesprochen wurde. Die Justiz läßt sich von Herrn von Jagow alles gefallen. Noch kein einziges Urteil liegt gegen die Kappisten vor. Es ist eine gute Zeit für Mörder und Kappisten. Die ganze Strenge des Gesetzes muß gegen sie angewendet werden. Der Minister hat seine Pflicht nicht getan, da kann schon das Zuchthaus zollen. Wehe dem Staat, in dem solche Dinge ungehindert vorkommen können. Es handelt sich hier um Nachfragen, die außerhalb der Parlamente entschieden werden. (Hört, hört! rechts.) Motionationen der Arbeiter werden entschieden. (Zuruf rechts: Der Minister Rosenfeld als Führer des proletariats! Große Heiterkeit.) Die Justiz ist jetzt nur noch ein Werkzeug der Reaktion.

Reichsjustizminister Schiffer: Ich bin den Interpellanten dankbar, daß sie mir Gelegenheit geben, die Öffentlichkeit über den Fall Jagow aufzuklären. Vielleicht geschieht das anders, als Herr Dr. Rosenfeld annimmt. Er hat mir mit dem Zuchthaus gedroht. Vielleicht daß diese Mahnung besser für ihn, da er zu gewalttätigen Aktionen in seiner Rede aufgefordert hat, (Rebelle Zustimmung.) Meine Zurückhaltung in ein schwaches Verfahren einzugreifen, ist vielfach mißdeutet worden. Jagow selbst hat durch zwei öffentliche Erklärungen eingegriffen. Ich muß daher vor der Öffentlichkeit offen Auskunft geben, allerdings unter Wahrung vollster Objektivität. Jagow erklärte in der Kreuzzeitung, er sei seit dem März 1920 nicht einen Tag krank gewesen. Er will also wohl sagen: Wiefo kommt der Justizminister dazu, mich als krank zu bezeichnen? Wenn er das tut, so geschieht es, um die Unfähigkeit und Untätigkeit der Justiz zu verdeutlichen. Dagegen protestiere ich. Das ist die größte Verhöhnung und Verhöhnung der Justiz. (Zuruf links: die sie verdient.) Ich habe bereits in der letzten Sitzung darauf hingewiesen, daß der Krankheitszustand des Herrn von Jagow eine ganz außerordentliche Rolle gespielt hat, und zwar weil er sich selbst darauf berufen hat. (Hört, hört!) Herr von Jagow hat selbst seinen Verteidiger ausdrücklich geschrieben: Die Unteruchungshaft wäre mit meiner Ermordung gleichbedeutend; denn ich war in meiner Jugend schwer tuberkulös und lebe nur dadurch, daß ich eine Stunde täglich teile und seit Abschaffung der Feste täglich eine Stunde Trab laufe. (Stürm. Heiterkeit.) Meine Erklärung steht also nicht im Widerspruch zu allen Erklärungen des Herrn von Jagow, sondern nur zu seiner letzten Erklärung. (Abg. Hoffmann (Komm.): Und wann wird er verhaftet?) Seien Sie doch nicht so blutdürstig. Das Auftreten des Herrn von Jagows verleiht gegen den Staat und gegen den Gedanken des Staates. Das ist das Furchtbare, daß er als ein Mann in gehobener Stellung die Grundlage des Staates erschüttert. Und wie wirkt diese Haltung des Herrn von Jagow auf das Ausland? demgegenüber wir die Unparteilichkeit und Autorität des Reichsgerichts zum

Ausdruck bringen müssen? Schon am 22. März 1920 wurde der Haftbefehl gegen Jagow erlassen; am 25. März erfolgte die Vermögensabschlagnahme, am 26. wurde die Belohnung von 10 000 Mark auf seine Ergreifung ausgesetzt, am 28. August wurde der Amnestieantrag seiner Verteidigung abgelehnt. Am 24. November erklärten die Verteidiger dem Justizministerium, daß Jagow sich in wenigen Tagen stellen werde, wenn der Haftbefehl aufgehoben werde; der Antrag wurde abgelehnt.

Auf eine erneute Eingabe beschloß das Reichsgericht am 25. November 1921 die Aussetzung der Vollstreckung des Haftbefehls gegen Jagow auf 500 000 M; eine Verdunkelungsgefahr bestand nicht. Am 5. Mai erschien von Jagow auf Ladung zum Verhör. Er gab seine Wohnung als in Potsdam, Bürgerstraße 7, gelegen, an (Erneute Bewegung). Davon hätte der Öffentlichkeit Kenntnis gegeben werden sollen (Sehr richtig!). Dann wäre die Vernehmung vermieden worden. Ich selbst stand unter dem Eindruck, daß der Aufenthalt Jagows unbekannt sei; ich wußte auch nicht, daß er zur Vernehmung erschienen sei. Da Herr Jagow selbst erklärte, daß er gesund sei, habe ich an den Oberreichsanwalt darüber herbeizuführen, ob Jagow nunmehr verhaftet werden solle. Der Oberreichsanwalt hat auch einen solchen Antrag gestellt. Diesen Antrag hat das Reichsgericht gestern abgelehnt. (Lebhaft. Hört, hört!) Das Reichsgericht hat den Erfolg gehabt, daß Herr von Jagow sich gestellt hat. Es ist der Ansicht, daß er sich auch zur Hauptverhandlung stellen wird. Es sind weitere Zeugen vernommen und am 9. Mai die Voruntersuchung abgeschlossen worden. Am 18. Juni begann die Aufstellung. Die Anklageschrift ist jetzt fertig und wird in 8—10 Tagen dem Reichsgericht zugehen. Die Angelegenheit ist jetzt in den Händen des Reichsgerichts. (Zuruf links: Da liegt sie gut!)

Auf Antrag Müller-Frankens (Soz.) wird Aussprache der Interpellationen beschlossen.

Abg. Dr. Rabbruch (Soz.): Jagow und Götz haben gemeinsam die göttliche Freiheit, mit der sie mit der Justiz spielen, wie die Kasse mit der Maus. Götz hat mit seinem Kopf gespielt, das Haupt von Herrn Jagow aber sitzt fest. Vor den heutigen Erklärungen des Reichsjustizministers machte die ganze Sache den Eindruck eines großen Skandals. Alles ist noch nicht völlig geklärt. Von den 70 unerledigten Fällen des Falles Kapp ist im letzten Jahre kein einziger zur Aburteilung gelangt. Gegen Linkische ist man härter vorgegangen.

Inzwischen ist von der äußersten Linken ein Mißtrauensvotum gegen den Reichsjustizminister eingegangen.

Abg. Warmuth (D.N.): Wir halten an dem Grundsatz fest, daß in ein schwebendes Verfahren nicht eingegriffen werden darf. Es liegt kein Anhalt dafür vor, daß Herr von Jagow sich der Verantwortung entziehen wollte. Wir freuen uns, daß der Justizminister auch weiter dafür sorgen will, daß der Geist der Verantwortlichkeit auch weiterhin in der Justiz vorherrschend sein soll.

Abg. Derschfeld (Komm.) erklärt, daß der Fall Jagow mehr ein Anhalt für die herrschenden Zustände in unserer Justiz sei. Reichsjustizminister Schiffer sagt zu, daß zwischen Öffentlichkeit und Justiz enger Zusammenhang geschaffen werden solle. Die Urteile der Sondergerichte werden sorgfältig nachgeprüft werden. Im Schlußwort wirt der Abg. Moses (U.S.) dem Justizminister Spitzindigkeit vor.

Ueber das kommunistische Mißtrauensvotum wird am Mittwoch abgestimmt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr: Kleine Vorlagen, dritte Lesung des Nachtragsdetals, Erhöhung der Bäden für Reichstagsabgeordnete, Branntweinmonopol. — Schluß 1/8 Uhr.

Gewerkschaftliches

Tarifabschluss in der Zigarrenindustrie. Nach dreitägigen Verhandlungen wurde der Bezirksrat für das Gebiet des Süddeutschen Zigarrenfabrikantenverbandes zum Abschluß gebracht. Durch den Abschluß des Tarifs, der für Oberbaden, die Rheinpfalz und ganz Süddeutschland Geltung besitzt, wurden die bisherigen Löhne einseitig, der Teuerungszulagen als feste Lohnsätze festgelegt und teilweise noch kleinere Lohnverbesserungen erzielt.

Soziale Rundschau

Ein Beitrag zur Arbeitslosen-Fürsorge in Ettlingenweiler.

Man schreibt uns: Die arbeitslose Arbeiter auf dem Lande behandelt werden, ist nur denen bekannt, die mit diesen gelegenen Fürsorgeeinrichtungen der wohlwollenden Landbürgermeister nähere Bekanntschaft machen müssen. Ein besonderes Exemplar dieser Gattung soll der Öffentlichkeit nicht vorenthalten bleiben. Der bekannte Kriegsinvalidenstützpunkt von Ettlingenweiler wußte sich an das Bezirksamt Ettlingen zur Rechtfertigung der horrenden Löhne die die Gemeinde an die Arbeitslosen bezahlt, als Faulenzer zu bezeichnen:

„Es ist richtig, daß die vorstets Genannten einen Stundenlohn von 2,20 M erhielten. Es wurde in der Gemeinde für Gemeindegeldarbeiten noch nicht mehr bezahlt. Es wird auch grundsätzlich kein höherer Lohn bezahlt für Arbeitslose, da es diesen sonst nicht mehr einfällt, eine Beschäftigung zu suchen. Auch nicht fest, daß die Genannten keine Beschäftigung wollen, sondern, daß es diesen lieber wäre, nur Arbeitslosenunterstützung zu beziehen. Uebrigens ist durch Sachverständige festgestellt, daß die von 3 Mann in sieben Tagen geleistete Arbeit leicht von 4 Mann in 1 Tag erledigt werden konnte.“

Dabei verabsäumt der „soziale“ Bürgermeister selbstverständlich wie lang und wie hoch die Mauer (um den Bau einer solchen handelt es sich) war, ebenso daß sie mit Schotterkalk gemauert war, ein Material das hart wie Granit wird. Ebenso verabsäumt er anzugeben, daß die horrenden Arbeitslosenunterstützung in Ettlingenweiler 10 M beträgt. Man beachte ferner den horrenden Stundenlohn von 2,20 M und die Umlage von 50 S, die in der Gemeinde erhoben wird. Die Mauer ist 32 Meter lang und 2,50 Meter hoch. Leider spüren die Arbeiter auf dem Lande in den meisten Fällen erst dann am eigenen Leibe den Schaden einer falschen Stimmzettelabgabe, wenn sie die Gemeinde brauchen und auch in Ettlingenweiler sind noch viele Arbeiter, die in allen Parteien sind, nur nicht bei der Partei, die die Interessen der Arbeiter vertritt. Mögen diese Arbeiter die Lehre daraus ziehen und in die sozialdem. Partei eintreten, damit sie in der Lage sind, für die Arbeiter das Ansehen und die Macht, die ihnen zusteht, zu erwecken.

Kleine Nachrichten

Konstantinopel. Ein amerikanischer Frachtdampfer ist im Schwarzen Meer gegen eine Mine gestoßen und untergegangen. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

London. Im Unterhaus erklärt ein Regierungsvertreter auf Befragen, bei den Versuchen, die Luftfahrt mit Telephonie auszurüsten, seien bis heute große Fortschritte erzielt worden. Einzelheiten hierzu inbessen seien jedoch nicht erwünscht.

London. Wie Reuters aus Whiting (Indiana) meldet wurde durch die Explosion in den Werkstätten der Standard Oil Co. 8 Personen getötet und 36 verwundet.

Der 6. Kriegsbeschuldigtenprozeß

Leipzig, 2. Juli.

Crusius geisteskrank?

In der vor dem Leipziger Reichsgericht fortgesetzten Beweisaufnahme wurde zunächst der inwäsende eingetragene Dr. A. Wenger aus Dornach im Elsaß vernommen, der im August 1914 Regimentsarzt im Infanterieregiment 112 war. Er bezeugt, bei dem Nachmittagsgefecht am 26. August habe es viele Verwundete gegeben. Es seien auch zwei verwundete Franzosen zu ihm gebracht worden, die ihm empfahl, die Verwundeten weiter zurückbringen zu lassen, damit die Rückzugstrahlen frei würden. Später ist dem Zeugen aufgefallen, daß die beiden verwundeten Franzosen fehlten. Auf seine Frage sei ihm geantwortet worden, Major Crusius habe sie erschossen lassen. Als am anderen Morgen Crusius sich bei ihm trant meldete, habe er ihm sein Vorgehen an Tage vorher vorgehalten. Crusius habe darauf erklärt, er habe nicht anders gekonnt, er habe einen Nervenzusammenbruch gehabt. Ein Unteroffizier hat dem Zeugen dann gesagt, daß die Erschießung der Verwundeten auf einen Befehl hin erfolgt sei, der lautete: „Dort werden keine Gefangenen gemacht.“

Der Angeklagte Crusius behauptet, Dr. Wenger überhaupt nicht zu kennen, was diesen zu beständigen Bemerkungen veranlaßt. Der Zeuge kann sich nicht daran erinnern, daß der Angeklagte Crusius sich damals auf einen Befehl Stengers begeben hat.

Der Sachverständige Dr. Böhrer bemerkt, daß Dr. Wenger ihn in der Schlacht bei Saarburg mit Verbandmaterial im Stich gelassen habe, weshalb es seinerzeit zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen gekommen sei.

Dr. Wenger gibt schließlich noch an, daß Crusius einen sehr verkörperten Eindruck gemacht habe und daß er ihn für einen Neurotiker halte.

Der Sachverständige Geheimrat Prof. Dr. Anton, Halle a. S., der hierauf sich gutachtlich äußert, hat den Angeklagten Crusius im Kriege wiederholt untersucht, und zwar zu einer Zeit, in der von der heutigen Anklage noch keine Rede war. Es handelte sich damals um die Feststellung über die weitere Verwendbarkeit im Heere. Dem Angeklagten lag es schwer auf der Seele, daß er infolge eines angeblich erhaltenen Befehls Gefangene erschießen lassen mußte. Auf das Verhalten des Angeklagten an der Front übergehend, glaubt der Sachverständige bestimmt behaupten zu können, daß sich Crusius, der alsbald intolerant sei, am 26. August in einem Zustande befand, der die geistige Zurechnungsfähigkeit ausschließt. Zum mindesten war Crusius in seinem Nervenzustand schon damals erschüttert. Am 26. August war Crusius sicher in einem Zustande der Unzurechnungsfähigkeit im Sinne des § 51 und an den vorhergehenden Tagen offenbar auch, so daß er den Befehl unrichtig aufgefaßt hat. — Senatspräsident Dr. Schmidt betont, daß Major Müller, der geistig durchaus gesund war, den angeblichen Befehl ebenso verstanden hat, wie der Angeklagte Crusius. Es sei also nicht erklärlich, weshalb sich gerade Crusius infolge anomaler Gefühlszustandes girt haben sollte.

Der Zeuge Schmiech Jakob Braun aus Seidelberg, der bei der 1. Kompanie des Inf.-Regt. 112 stand, sagt aus, er habe erfahren, daß bei der 2. Kompanie Gefangene erschossen worden sind.

Landwirt Brenneisen aus Eggingen in Baden ist in französische Gefangenschaft geraten. — Der Zeuge hat den angeblichen Befehl durch Kameraden erfahren.

Fahradhändler Knapp aus Wobisch-Aheinsfelden, der Unteroffizier der 1. Kompanie des Inf.-Regt. 112 war, bekundet: Beim Vorbeigehen an einer Kapelle in der Nähe des Greziersplatzes bei Saarburg sei aus der Kapelle gerufen worden: „Nicht schießen!“ Kurz darauf fielen aus der Kapelle Schüsse. Diese wurde daraufhin gestillt und man könne sich denken, was mit der Befehlsgebung geschehen sei. Am nächsten Tage, dem 21. August, habe er von dem Brigadeführer gehört, daß keine Gefangenen gemacht werden sollten, weil unsere Leute hinterläßt beschossen worden waren. Der Zeuge weiß nicht bestimmt, von wem der Befehl, die Gefangenen zu erschießen, gekommen ist. Oberleutnant Kindermantel war am 26. August im Walde bei Saarburg und stellte dort fest, daß man sich einer großen Hebernacht gegenüber befand. In diesem Augenblick habe Major Müller das Kommando übernommen und den Befehl ausgegeben, es sollten keine Gefangenen gemacht werden, und zwar deshalb, weil unsere Leute die Augen ausgestochen und andere Grausamkeiten von den Franzosen begangen worden waren.

Stoffarbeiter Anton Rothacker aus Kappel in Baden bekundet, es sei kein direkter Befehl ergangen, keine Gefangenen zu machen, sondern es sei nur davon geredet worden.

Es gelangen hierauf verschiedene Aussagen eidlich vernommener Zeugen zur Verlesung.

Der gestern vernommene Zeuge Heesch erklärt auf Befragen, er habe angenommen, daß der Befehl dem Sinne nach ausgeführt werden müsse. Auch die Zeugen Schmecher und Hebe werden nochmals vorgelesen. Der erstere bleibt dabei, daß Crusius selbst mit dem Revolver geschossen habe.

Nach der Mittagspause wird der von den Franzosen benannte Zeuge Dr. Dehne, der Stabsarzt der Reserve war, vernommen. Er will am 21. August gesehen haben, wie ein Unteroffizier einen Verwundeten erschießt. Auf seine Frage habe der Unteroffizier gesagt, es sei Brigadeführer.

Verwaltungsassistent Max Dominikus, Seidelberg, war Sanitätsfeldwebel im Inf.-Regt. 112. Er hat den vollständigen Zusammenbruch des Hauptmanns Crusius mit angesehen.

Sandlungschiffle Arno Enders aus Klauen, der im August 1915 in der Champagne verwundet wurde und in französische Gefangenschaft kam, hat beobachtet, daß wehrlos im Graben liegende deutsche Verwundete einer nach dem anderen erschossen worden sind. Er selbst habe dabei noch einen Kopfschuß erhalten und sei für tot gehalten worden. Der Zeuge glaubt, daß es sich um die sogenannten „Nettoyeurs“ gehandelt habe, die beauftragt waren, alle Verwundeten umzubringen.

Lehrer Lüderich aus Giersau wurde 1917 verwundet und von den Engländern gefangen genommen. Er und eine Anzahl seiner Kameraden wurden von den Engländern vollständig ausgeraubt. Der englische Offizier habe ihn erschließen wollen. Er, der Zeuge, habe aber den Revolver zur Seite gedrückt, so daß der Schuß daneben ging. Bald darauf eröffneten die Engländer auf ihn und seine mitgeführten Kameraden Maschinengewehrfire, wobei er dann weitere Verletzungen davontrug.

Geschäftsführer Max Brech aus Würzburg hat am 26. August den Befehl des Hauptmanns Crusius gehört, es würden keine Gefangenen gemacht, weil seine Kompanie zusammengebrochen war. Er hat mehrere Male gehört, wie Major Müller einem Soldaten den Befehl gegeben habe, Verwundete zu erschießen. Der Zeuge hat die Schüsse gehört.

Oberst Velfrich aus Lübeck war Generalstabsoffizier bei der Division. Er habe seinerzeit sofort im Auftrage der Division

feststellen lassen, daß an dem angeblichen Befehl des Generalstabs nichts Wahres sei. Auf Befragen des Oberreichsanwalts sagt der Zeuge, einen Befehl, alle Gefangenen zu erschießen, würde er nach der Gefechtslage nach dem 21. August nicht für angemessen gehalten haben.

Oberleutnant Georg Nowak aus Lübeck war bei einer Sanitätskompanie. Ein ihm bekannter Leutnant wurde von hinten von verwundeten Franzosen erschossen. Ebenso ein anderer deutscher Offizier, der sich über einen französischen Kapitän niederbeugte, um ihm die Feldflasche zu reichen. Der Zeuge hat auch anderwärts gehört, daß französische Verwundete von hinten auf vorbeigezogene deutsche Truppen geschossen haben.

Landwirt Emil Bigott aus Ruchbach Dr. Oberkirch in Baden hat gesehen, daß Major Müller durch einen Soldaten einen Verwundeten hat erschießen lassen.

Schuttmann Fritz Dörflinger aus Forstheim bekundet, daß auf Befehl des Hauptmanns Crusius drei Gefangene hinter einer Mauer erschossen worden seien.

Der Zeuge Fritz Grex aus Weingarten b. Durlach, Bursche des Hauptmanns Crusius, hat am Morgen des 21. August gesehen, daß verwundete Franzosen von hinten auf den Brigadeführer schossen. Es sei dann durch die Schützenlinie durchgeschlagen worden, die Verwundeten, die geschossen hätten sollten erschossen werden. Am 26. August habe Crusius den Befehl gegeben, keine Gefangenen zu machen und keinen Karbon zu geben.

Eine Reihe weiterer Zeugen tritt teils für die Auffassung ein, daß ein Erschießungsbefehl vorgelegen habe, teils wird diese Behauptung widerprochen.

Der Sachverständige Dr. Böhrer gibt sein Gutachten dahin ab, daß Crusius sowohl am 21. August als am 26. August der freien Willensbestimmung im Sinne des § 51 beraubt war.

Gegen 6 1/2 Uhr abends wird die Weiterverhandlung auf Montag, den 4. Juli, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Leipzig, 4. Juli. Obwohl am Samstag die Zeugenvernehmung für geschlossen erklärt wurde hat der Verteidiger des Major Crusius für heute noch den früheren Ordnungsoffizier Koch telegraphisch geladen. Der Zeuge befragt die Angaben, daß Verwundete und Gefangene hinter den deutschen Schützengruppen wieder zu den Waffen geiffen und vornehmlich auf Offiziere geschossen haben. Der Zeuge habe festgestellt, daß die französischen Soldaten von ihren Offizieren angewiesen wurden, sich tot zu stellen um im günstigen Augenblick wieder in den Kampf einzutreten. Das sei schon am 21. August der Fall gewesen. Es wird dann noch einmal der Generalmajor Neubauer aufgerufen. Dieser muß noch Angaben machen über den seelischen Zustand des Major Müller. Zeuge erklärt, daß der Sohn des Müller am 21. August gefallen sei und es sei möglich, daß Major Müller an diesem Tag nicht ganz normal war. Müller sei sehr schweigsam gewesen. Zeuge schildert danach die Kampfweise der Franzosen. Diese hätten nachts gerufen „Nicht schießen, deutsche Truppen.“ Wenn dann die Deutschen hintanden, gaben die Franzosen Feuer ab. Sogar die deutschen Signale hätten die Franzosen nachgemacht. Um festzustellen, ob man Deutsche oder Franzosen vor sich habe, haben die Mannschaften „Die Nacht am Rhein“ singen müssen, die die Franzosen nicht nachsingen konnten.

Damit war die Beweisaufnahme geschlossen. Der Oberreichsanwalt beantragte, wie bereits in gestriger Nummer berichtet, im Anschluß an sein 13stündiges Kladoher für den Angeklagten Major Crusius unter Zustimmung mildernden Umstände eine Gesamtstrafe von 2 Jahren, 6 Monaten Gefängnis.

Zuerst nimmt der Hauptverteidiger von Major Crusius, Rechtsanwalt Franke, das Wort und führt aus: Wenn man sich, daß auf feindlicher Seite bisher nichts geschehen ist, gegen Leute einer Nation, die sich in gleicher Weise gegen das Völkerverbrechen vergangen haben, so drängt sich die Frage auf: Sind denn Kriegshandlungen, wenn sie gegen das Völkerverbrechen vertrieben, so fern nicht aus Eigennutz begangen sind, gemeine Verbrechen? Wo sind denn alle die völkerrechtlichen Bestimmungen geblieben? Ich denke an die Hungerblende Englands, an die völkerrechtswidrige Schaffung des Nettoyours von den Franzosen. Der zweite Verteidiger des Major Crusius, Rechtsanwalt Dr. Neumann ergänzt die Ausführungen von Rechtsanwalt Franke in den tatsächlichen Beziehungen.

Der Verteidiger des Generals Stenger, Rechtsanwalt Dr. Remke aus Bremen, führt aus: Auf General Stenger fällt nicht ein Schalten eines Vorwurfs oder Beweises und er (Verteidiger) sei gespannt, ob nun auch auf der anderen Seite die Berechtigung zum Durchbruch komme und ob nun der Name des Mannes auch im feindlichen Ausland wiederhergestellt werde.

In seinem Schlusswort führte General Stenger selbst aus: Seit 6 1/2 Jahren bin ich in der breiten Öffentlichkeit, ich darf wohl sagen von der ganzen Presse der Welt, mit der Bezeichnung „Kriegsverbrecher“ belegt. Es gereicht mir aber zur höchsten Genugtuung, hier, vor dem höchsten Gerichtshof des Deutschen Reiches, mich verteidigen zu dürfen. In meiner Verteidigung kann ich anführen: Ich habe niemals im Kriege etwas getan, was das Licht der Sonne zu scheuen hätte. Hocherhobenen Hauptes kann ich vor dem höchsten Gerichtshof des Reiches sagen: Ich habe nichts im Kriege getan, als meine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem herrlichen Deutschen Vaterlande, gegenüber meinem geliebten Kaiser, dem obersten Kriegsherrn und im Interesse des Lebens der mir in der Schlacht unterstellten tapferen deutschen Soldaten. (Lautes Bravo im Zuhörerraum) Der Präsident rügt diese Beifallsbezeugung.

Nach einem Schlusswort des Major Crusius, worin er bedauert, sich mit General Stenger in Widerspruch zu befinden, zieht sich der Senat zurück. Nach einigen Minuten gibt der Präsident bekannt, daß das Urteil am Mittwoch, den 6. Juli, nachmittags 3 Uhr verkündet wird.

Die nächsten Prozesse in Leipzig

Leipzig, 6. Juli. Die nächsten Kriegsprozesse vor dem Reichsgericht umfassen folgende Namen: Am Donnerstag, den 7. Juli steht zur Vernehmung der Oberlt. a. D. Adolf Laube; es handelt sich in der Anklage gegen ihn um ähnliche Vergehen wie in dem Prozeß gegen Stengel und Crusius. Es sind 17 deutsche Zeugen und zwei Ärzte aus dem Elsaß geladen. Am 8. Juli werden Generallt. a. D. Hans von Schack und General Bruno Kraska vernommen, die verantwortlich gemacht werden, zu einer Typhusepidemie in dem Gefangenenlager Niederwürzigen bei Kassei beigetragen zu haben durch Nichtbeachtung von Vorkehrungsmaßnahmen. Am 12. Juli ist Termin gegen den Oberlt. zur See a. D. Ludwig Dittmar und den Oberlt. zur See a. D. J. Voldt angesetzt.

Berichtszeitung

Schwurgericht Karlsruhe

Der große Schieberprozeß

§§ Karlsruhe, 6. Juli. Das Schwurgericht führte heute nacht 12 Uhr den Strafprozeß gegen Fries und Genossen zu Ende. Die gestrige Vormittags- und die Nachmittags-Session zum größten Teil wurden ausgefüllt durch die Anklagerede des Staatsanwaltes Dr. Koranski und die Verteidigerreden der Rechtsanwältin Dr. Trautwein-Durlach für Fries, Dirichberg, Frankfurt a. M. und Geier für Grammes, Karol, Strauß für D. Geier, Zitt für Entel, Hugo Stein für Knibber, Dr. Kuhn für Herr und Steinel-Karlsruhe für die Angeklagte Scheiffle ausgefüllt.

Die Geschworenen erkannten Fries der mehrfachen Urkundenfälschung und des Betrugs schuldig, Grammes der schweren Urkundenfälschung, Dr. Geier der Beihilfe zur Urkundenfälschung und Beihilfe, Entel der mehrfachen schweren Urkundenfälschung und Knibber und Herr der Beihilfe zur schweren Urkundenfälschung. Bei der Angeklagten Scheiffle wurden die Schuldfragen verneint. Das Gericht verurteilte den Fries zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, abzüglich 10 Monate Untersuchungshaft; Dr. Geier zu 1 Jahr Gefängnis, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft; Herr zu 7 Monaten Gefängnis, die durch die Unterjudenschaft bedingt sind; Knibber zu 9 Monaten Gefängnis, die ebenfalls als durch Unterjudenschaft bedingt gelten. Die Angeklagte Scheiffle wurde freigesprochen.

Die Tagesordnung des Schwurgerichts hat eine Erweiterung erfahren. Am Freitag werden sich vor den Geschworenen noch sieben Angeklagte wegen Mänsverbrechens zu verantworten haben. Am Samstag findet die Verhandlung gegen diejenigen Angeklagten statt, die schon am Dienstag vor den Geschworenen hätten erscheinen sollen, deren Anklage aber wegen Ausdehnung des Schieberprozesses auf den Dienstag hatte verschoben werden müssen.

Aus dem Lande

Wiesbaden, 5. Juli. Es sind gerade 4 Wochen verstrichen, seit ein anderer Gefangener von hier sein Stützungsnetz verbunden mit Fahnenweihe abhielt, so daß man heute gespannt war, was nun der Arbeiter-Sängerbund leisten wird. Die Erwartungen wurden weit übertroffen. Allein der große Feiertag, woran sich viele Arbeitervereine von nah und fern beteiligten, machte schon einen schönen Eindruck; eine gemaltige Kundgebung für die Arbeiterschaft. Nachdem der Feiertag auf dem Festplatz angefangen war, wurde die neue (grün-rote) Fahne entrollt und geweiht. Mit Ansprachen und prächtig gesungenen Liedern der Arbeitervereine und strotzenden Musikbänden wirkte man allseitig die schönen Stunden. Es war ein wirklich schönes und wohlgeklungenes 1. Stützungsfest mit Fahnenweihe, wozu man den jungen aufwärtsstrebenden Verein besonders beglückwünschen darf. A. B.

Heidelberg, 5. Juli. Die beiden Erforderer, Bürgermeister Buse und Werner, über deren Verschwinden wir schon berichtet, haben sich bis jetzt noch nicht wieder eingefunden. Buse weilte in Heidelberg, um seine Verbindung, das Korps „Bundaria“ und den ihm befreundeten Bürgermeister Berner zu besuchen. Am Mittwoch nachmittag verließen die beiden nach dem Mittagsessen die Wohnung Berners zu einem Spaziergang. Sie kehrten nach in dem Hotel des Oberbürgermeisters Buse am Marktplatz an, um nach eingegangenen Briefen zu fragen. Das Hotel verließen sie erst nach 4 Uhr, waren aber bis um 7 Uhr noch nicht wieder in der Wohnung Berners eingetroffen, wo sie gemeinschaftlich zu Abend essen wollten. Da nicht bekannt ist, wohin die beiden Herren gehen wollten, ist die Suche nach den Vermissten sehr erschwert.

Mannheim, 5. Juli. Selbstmordversuch. Aus Liebeskummer beging am 3. ds. Mts. in seiner Wohnung in Danhofen ein 22 Jahre alter lediger Radierer einen Selbstmordversuch, indem er sich mit einem Rasiermesser die Pulsader der linken Hand durchschnitt und sich alsdann in den nahe gelegenen Rhein stürzte. Er konnte aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhauste verbracht werden. Gestern vormittag sprang ein 20 Jahre alte ledige Arbeiterin oberhalb der Friedrichsbrücke in den Neckar. Sie konnte aber noch rechtzeitig aus dem Wasser geholt und ins Krankenhaus verbracht werden.

Mannheim, 5. Juli. In dem Fabrikantenwesen Trautnerstraße explodierte gestern früh ein Akkumulatorzylinder, wodurch das Fabrikgebäude und ein Teil der Maschinen schwer beschädigt wurden. Personen wurden nicht verletzt.

Böblingen, 5. Juli. Die Lokomotive eines Personenzuges erlitt bei dem Uebergehen vor dem Einfahrtssignal hier die Stöße des Landwirts Bettinger und stürzte sich zur Seite. Die Stöße im Werte von 12000 M mußte sofort geschlachtet werden; der Beifahrer selbst konnte sich noch rechtzeitig retten. An der Maschine wurde das Trittbrett abgerissen.

Saalfeldhausen b. Bretten, 5. Juli. Der 14jährige Sohn des Gemeindevorstandes Einback wurde von einem Personenzug erfasst und sofort getötet.

Vom Kaiserstuhl, 4. Juli. Die Kirchengemeinde am südlichen und westlichen Kaiserstuhl kann als bedroht gelten. Ueber den Ertrag läßt sich ein abschließendes Urteil dahin geben, daß er im allgemeinen größer war als in den vorhergehenden Jahren 1919 und 1920. Nach zuverlässigen mündlichen Mitteilungen haben die Orte Hirsingen, Oberrotweil, Wurthheim und das am Nordrande liegende Königshausen am besten abgezeichnet. Der Ernte entsprechend ist auch hier der Ertrag aus den Kirchen, der in diesem Jahre durch die Anwesenheit württembergischer und namentlich bayerischer Händler in die Höhe getrieben wurde. Die große Gemeinde Hirsingen hat schätzungsweise 2 1/2 bis 3 Millionen Mark für Kirchen eingekommen, in Oberrotweil ist eine Geldpapierflut von circa zwei Millionen gegen Kirchen eingetauscht worden. Einzelne Kirchbauvereine in den genannten Gemeinden haben Beträge von 8000, 10 000, 12 000, ja sogar bis zu 15 000 M für Kirchen eingekommen. Welcher Entzweigen ein einziger Kirchbau aufzuweisen vermag, beweist ein Baum von mäßigem Umfang, der in dem Garten eines Einwohners von Oberrotweil steht. Dem Besitzer sind für die Kirchen am Baum 1000 M geboten, demnach würde der Kirchbau, in ein Vermögen von vier Prozent umgerechnet, ein Kapital von 25 000 M darstellen.

Das Kommando zu diesem „Stimmungsbild“ möge sich jeder Leser selbst machen!

Wobisch-Aheinsfelden, 5. Juli. Auf einen den Geldbeutel empfindlich treffenden Vergleich mußte sich ein hiesiger Handwerker herbeilassen, der gegen den hier amtierenden Bürgermeister Vogel, gegen drei Gemeinderäte, sowie gegen mehrere Handwerksmeister die größten Schmähungen und Verleumdungen geschleudert hatte. Der, und wehmütig nahm er vor dem gerichtlichen Sühnetermin die gänzlich beweislosen Behauptungen zurück und verpflichtete sich zu einer Buße von 5000 — fünfzehnhundert — Mark, die je zur Hälfte dem ewigen Gemeindeverein und dem Rath. Vinzenzverein zuzuflehen.

8. Juli.
zu London
B. B. Weibung
markt.

Bezirk M.
abends 1/2 11
wichtige Bezirk
zeigendossen u.

Berein K.
findet im Ho.
Wandolinenab.
gebenen.

Bezirk B.
im „Beierthei
trag von Sla
fragen“. In
süßliches Erz
leier sind fre
und Genossen

Sie Inie
Und war
Sie sah a
Die Fürtie

Der Wa
Sieg sie g
Beriampt
Berlehte i

Und das
Die Hertj
Bald mit

Regt au
Wir wollen
Som deut

Eine Ma
Stadtrat dem
ratung und
findet sich a
Bühnerei un
Bibliothek al
gehört geboi
unterhaltend
kommen. Das
ner seiner W
durch Zusam
berein 13 000
berein 5000
29 000 Bände
und des Be
richtige 21
ersteren Sa
Bermittlung
120 000 M. er
Die laufende
1921/22 auf
hoch, wird al
Stadtratsbild
läßt. Sann
Scheffelmu
mindert, jed
Mit diesem
eine wirtsch
den. Zu for
wertiges au
In einer
gerauschle
1921/22
1920/21“ we
ist die Geme
vorhandes e
Die Bie
auf 22 soll
des Voran
156 S von
Für die
Stellen ange
für einen 3

Scheat

Eine Bo
machen kann
Nachwelt dem
welt schon er
rekannt mögl
einem jeden
Wo aber ein
hat, muß m
Helmut Neu
leben so
keit noch ni
mitten des
erweiterte F
ben und W
der Künstler
in einem Gr
dichte. Wer
im Traubol
lichtgenannt
des Sängers
stellen, für
untrennbar
kraft, die u
die geistvolle
gebracht wur
falsität heben
Sphäre edit
gehen wird
sicht mit ih
das beste
Scheidbader
geigte er die
nur der muf
tung bleibt.
seinen Schöp

Aus der Stadt

Karlsruhe, 6. Juli. Geschichtskalender

8. Juli. 1685 Der englische Kaiser Th. Morus im Tower zu London enthaupet. — 1846 Der Philosoph und Staatsmann G. B. Leibniz in Leipzig. — 1920 Volkstagswahlen in Dänemark.

Karlsruher Parteinachrichten

Bezirk Mittel- und Südweststadt. Am Mittwoch, 6. ds. Mts., abends 7 1/2 Uhr, findet in der 'Goldenen Krone', 2. Stock, eine wichtige Bezirksversammlung statt. Das Erscheinen aller Parteigenossen und -Genossinnen ist erforderlich.

Bezirk Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Heute Abend 7 1/2 Uhr findet im Hause Rintheimerstraße 10 Probe der Musik- und Wandolinensektion statt. Es wird um vollständiges Erscheinen gebeten.

Bezirk Westheim. Donnerstag, 7. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im 'Beierthaler Hof' Parteiverammlung mit Vortrag von Stadtrat Gen. Fischer über 'Kommunale Wirtschaftsfragen'. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen der Mitglieder erforderlich. Volkstagswahlen sind freudlich dazu eingeladen. Bitte die Genossinnen und Genossen, für guten Besuch zu agieren.

Historia

Sie trieb dienbar an des Thrones Stufen Und war entzückt ob solch bescheidenem Los, Sie sah als Helden, übermenschlich groß, Die Fürsten, die des Rols Geschick schufen.

Der Wahrheitsliebe und der Ehre bloß Ding sie gebannt an ihrer Nothe Hut, Der Kampf der Menschen Weh, und Klagenrufen Verleite ihrer Seele keinen Stuh.

Und das war nun Geschichte? Dieses Schmierer, Die Herrscher bald mit feinem Lob zu zieren, Bald mit Entzug der Gunst zu isolieren?

Neht auf den Mit den Quark mit scharfem Beien! Finden sollen jene neue Mäster Leien, Vom deutschen Volk und seinem schlichten Beien.

Ferdinand Madlinger.

Bürgerauskunft-Vorlagen

Eine Reihe größerer und kleinerer Vorlagen hat der Stadtrat dem Bürgerauskunft für seine nächste Sitzung zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet. Unter denselben befinden sich auch die Vorlage zur Errichtung einer städtischen Bibliothek und Lesehalle. Mit der Errichtung dieser öffentlichen Bibliothek als städtische Anstalt soll allen Einwohnern Gelegenheit geboten werden, gute Bücher allgemein bildenden und unterhaltenden Inhalts lesen und den Lesesaal benutzen zu können. Damit geht ein lange gehegter Wunsch vieler Bewohner seiner Verwirklichung entgegen. Die städt. Bücherei wird durch Zusammenlegung folgender Büchereien gebildet: Frauenverein 13 000 Bände, Männer-Hilfsverein 8 000, Volkshilfsverein 5 000, Bücherei des Stadtrats 2 000, zusammen also 28 000 Bände. Zur Unterbringung dieser städtischen Bücherei und des Lesesaales mit 40 Sitzplätzen ist das Haus Karl Friedr.straße 21 am Nordplatz vorgesehen. Zur Ergänzung des ersten Saales dient ein zweiter mit ca. 30 Sitzplätzen. Zur Verwirklichung dieses großen Projektes ist ein Betrag von 120 000 M. erforderlich, wovon der Ausbau 53 000 M. veranschlagt. Die laufenden Ausgaben werden für das volle Rechnungsjahr 1921/22 auf 184 800 M. veranschlagt. Dieser Betrag ist an sich hoch, wird aber durch Ersparnisse infolge Umorganisation der Stadtratsbücherei, sowie der beschleunigten Angliederung der städt. Sammlungen an das städtische Archiv bedeutend gemindert, jedoch also nur ein Mehrbetrag von 14 000 M. entsteht. Mit diesem verhältnismäßig kleinen Mehrbetrag kann also eine wichtige kulturelle und soziale Einrichtung geschaffen werden. Zu fordern ist allerdings, daß etwa vorhandenes Minuswertiges aus der Bücherei verschwinden muß.

In einer weiteren Vorlage wird die Zustimmung des Bürgerauskunftes erucht, daß bis zur Genehmigung des Voranschlags 1921/22 die Wirtschaft auf Grund des Voranschlags 1920/21 weitergeführt wird. Für außerordentliche Ausgaben ist die Genehmigung des geschäftsführenden Stadtverordnetenverbandes erforderlich.

Die Liegenschafts- und Betriebsvermögenssteuer für 1921 auf 22 soll bis zur endgültigen Feststellung nach Aufstellung des Voranschlags nach dem gleichen Satze erhoben werden (156 3 von 100 M. Steuerwert) wie im letzten Wirtschaftsjahr. Für die höheren Verbrauchsarten werden weitere planmäßige Stellen angefordert. So für die Nächstschule eine zweite Stelle für einen Zeichenlehrer, 2 weitere Professorenstellen und an

der Realschule eine weitere Professorenstelle. Diese weitere Besetzung entspricht der vom Unterrichtsministerium aufgestellten Norm. Ein Mehraufwand soll für die Stadt dadurch vorwiegend nicht entstehen.

Zur Lohnbewegung bei F. Wolff & Sohn G. m. b. H. Karlsruhe

Auf dem Wege der Verhandlung wurde die Angelegenheit beigelegt. Die Kartonnagenarbeiter erhalten eine Zulage bis 45 Pf. pro Stunde.

Es war interessant, bei den Verhandlungen zu sehen, wie die bekannte von Stuttgart importierte 'Hiesige Kapitalität' auf volkswirtschaftlichem Gebiet der Syndikus Herr Hauptmann a. D. Haefermals sein Recht leuchten ließ. Als der Betriebsmann auf die große Internierung der arbeitenden Stände und die immer mehr zunehmende Verelendung weiter Volkswirtschaften im Gegensatz zu dem übertriebenen Augus Hinwies, hatte dieser Vertreter des Kapitals den traurigen Mut zu sagen, unter der deutschen Arbeiterklasse gibt es keine Internierung. Weiter erklärte er, wenn es auf ihn ankäme, müßten die Arbeiter streiken.

So benehmen sich Leute, welche nach bürgerlicher Auffassung auf einen Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinwirken sollten. Es liegt nach allem was man bis jetzt über diesen Herrn gehört und selbst gesehen hat die Vermutung nahe, daß derartige Elemente aus politischen Gründen durch Provokation der Arbeiter den Ruf nach dem Wirtschaftsleben hören wollen. Wie lange noch wollen sich Arbeitervertreter dazu hergeben, mit solchen in wirtschaftspolitischen Fragen unterdrückten Leuten an den Verhandlungstisch zu setzen, um über das Wohl und Wehe Tausender von Arbeitnehmern zu entscheiden.

Wir, die wir Herrn Hauptmann a. D. Haefermals kennen, haben die Auffassung, daß er die Arbeiterklasse zu Dummschichten machen will, weil er genau weiß, je mehr Dummschichten die Arbeiter machen, je mehr Wasser läuft auf die Mühlen derjenigen Volkstreu, zu welchen wir die Mehrzahl der a. D. Offiziere rechnen.

Achtung! Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter

Am Morgen, Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, stattfinden Betriebsratsmitgliederversammlungen bei auch an dieser Stelle noch besonders hingewiesen. (Siehe Anzeige.)

Die kurzen Röcke und die hohe Obrigkeit

Allen denen, die wegen der kurzen Röcke der Damen allerhand giftige Bemerkungen machen, sei gesagt, daß alles schon dawar ist, auch die jetzigen kurzen Röcke der erwachsenen Mädchen und Frauen. Der Unterschied ist nur der, daß die Röcke, wie das 'Meininger Tagblatt' feststellte, vor 28 Jahren noch länger waren als heute, und daß sie damals den Mädchen von Dirigistenswegen anbefohlen wurden. Im Jahre 1683, 5 Jahre nach dem mörderischen 30-jährigen Kriege, ordneten mehrere Landesväter Deutschlands — es gab damals mehr als 300 weltliche und geistliche — durch ein beiderseitiges Mandat an: 'Die Röcke, so im Alter von 16 bis 30 Jahren stehen, sollen ganz kurze, nicht einmal bis an die Knie reichende Röcke tragen, ferner ein großes Stücken der Einnobergeßel für gemindert hat.' Und der Chronist fügt hinzu: 'So jemand den Zusammenhang zwischen dem Stücken und den obrigkeitlich befohlenen kurzen Röcken schwer begreift, der soll sich darüber keine weiteren Gedanken machen.'

Kirchenernte und Kirchenvertreibung. Zu unserer kürzlichen Notiz über den Kirchenwucher, worin wir bemerkten, daß Kirchen nach Bayern ausgeführt werden, aus dem bisher kein einziges Hund Lebensmittel nach anderen deutschen Giechländern heraus durfte, schreibt uns das bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft:

Wir eruchen Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß in der Zeit der strengsten Zwangswirtschaft durch die Landesstellen in den Jahren 1917/18 aus Bayern und aus der Pfalz zusammen an Ost 1 414 600 Ztr. nach anderen deutschen Giechländern ausgeführt wurden, ungerchnet die Mengen, die an einzelne Private gingen. Mit Vieh, mit Butter, mit Eiern wurden während des Krieges und nach seiner Beendigung das Rheinland und Sachsen von Bayern in ganz hervorragender Weise beliefert. Nach Aufhebung der Zwangswirtschaft wurde von Bayern, obwohl es hierzu nicht verpflichtet war, und die bayerischen Pflichtlieferungen an Vieh nur für die Rheinprovinz und den Freistaat Sachsen bestimmt waren, an Veden freiwillig 9471 Stück Großvieh, darunter zahlreiche Milchkühe und trüchtige Kühe, 3784 Schweine und 5795 Schafe geliefert.

Also, bayerischer Staatsbürger, merke es dir, was uns Bayern alles an Lebensmitteln geliefert hat. Welch große Schwierigkeiten, die von der bayerischen Regierung bereitet wurden, dabei überwunden werden mußten, bis wir in den Besitz dieses kleinen Teil Lebensmittel — an dem großen bayerischen Ueberfluß gemessen, ist nur ein kleiner Teil — kamen, äußerlich wie unergötzlich. So stand er hoch über jenem bloßen Ja.

Und doch war der Sonntag, äußerlich betrachtet, ein hochprozentiger Lenoraabend. Wie Jusefin kamen sich die Herren der Schöpfung in den Reihen des Zuschauerraums vor. Ueber das Paritätische hinaus hielten die Damen des Theaters mit Beschlag belegt. Und als zum Schluß das Alltägliche herniederbraute, das nach der wiederholten Stretta bereits ein Weiterleuchten angezündet hatte, konnte man die Begierde nach dem noch so schönen Geschehen schon deshalb mit Freude feststellen, weil man sie in diesem Ausmaß (nicht unmaß!) in den Zeiten der an die Stelle des Stridtrumpfes getretenen Literaturgeschichte nicht für möglich gehalten hätte. Dem Amjuben aber wollen wir sein eigenes Wort als Gruß und Forderung zurufen: Auf Wiedersehen!

Die Aufführung hatte durch die Aguzena der geb. Karlsruherin Johanna Lippe, die der Partie mit ihren, wie bekannt, vorzüglichen Stimmteilen zu besonderer Wirkung verhalf, einen eigenen Reiz, den die ganz prachtvoll gesungene Lenora von Marie von Ernst noch um einen nicht unbedeutlichen Grad erhöhte.

'Die weiße Dame' aufzuführen, war gewiß kein zwingendes Bedürfnis. Doch da die Vorstellung unter der musikalischen Leitung von Alfred Lorenz und der szenischen Hans Langs recht fleißig und gediegen zu nennen ist, konnte sie ohne Protest hingenommen werden. Sie verlangt gewisse Sanktionen: nämlich in den führenden Partien gute Stimmen. Der Name Marie von Ernst verbürgt eine sachgemäße Durchführung. Die Partie der Anna gab wieder Gelegenheit, ihre feingehöhrte Kunst zu bewundern. Prachtige Figuren zauberte die Stimme vor, ohne daß dabei die Wahrung der dramatischen Linie außer Acht blieb. Ein ausgeprochenes Piano verlangt der Gesang 'Komme holde Dame' nicht unbedingt. Wo es aber in so wunderbarer poetischer Art gegeben wird, wie bei Franz Schwaerdt, wird es sogar zur Notwendigkeit. Auch der letzte Akt gelang dem Sänger ausnehmend gut. Für Stimmung sorgte Hans Duffard mit begwinndem G-mor gegebener Flöten im Verein mit Lotte Lange-Vare. Karl Giesing gab den Hohenrich Gade mit ausgezeichnetem Charakteristik. Die Chöre erlangten

in gewohnter Frische. Neben dem Friedensrichter Josef Wroziogers geht der äußerst drastisch gestaltete Anrecht von Fritz Kilian noch besonders hervor. Wieder ein Beweis für die Braubarkeit unseres Chores. Und was das Orchester angeht, so sollten sich einmal die Franzosen von ihm ihre weiche Cremedame vorspielen lassen! s. k.

'Die Fröhlichen Drei', eine Vereinigung dreier Karlsruher Künstler, des Herrn Direktor Hans Blum, Frau Ada Högele und Herrn Karl Heinz Högele ließen sich Mittwoch abend im gutbesetzten Saale des Künstlerhauses, aus der Taufe heben. Der Auftakt war ein frohes Fest, es dürfte dies die einzige Taufe von Drillingen in diesem Jahrhundert gewesen sein, bei der alle 'Leidtragenden' in froheller, heiterster Stimmung waren. Allerdings, es dürfte kaum noch irgendwelche Drillinge geben, die einen derartig gesunden Humor, gute Laune und lebensfrohe Stimmung schon am ersten Tage ihres Erdendaseins aufweisen, wie es bei diesen 'Fröhlichen Drei' der Fall ist. Herr Blum hat immer Glück bei der Auswahl seiner Vorträge, aus der reichen humoristischen Literatur, was er bringt ist auch nicht immer nur Humor, sondern in gar manchem Vortrag steckt ein tüchtiges Stück Ernst. Im Vortrag selbst ist Herr Blum markanter Meister. Eine vollendete Sprachtechnik und ein ausdrucksvolles Mimenspiel lassen seine Humoresken, Grotesken, Karoden, Aphorismen so plastisch vor dem Öhre — und auch dem Auge der Hörer entstehen, daß lautester Beifall ihm gewiß ist. Mit gleicher Künstlerkraft auf ihrem Gebiete, dem Lauten und Duettingesang steht ihm das Künstlerpaar Högele zur Seite. Herr Karl Heinz Högele bringt mit bestem Geschmac ausgeübte Lautenlieder und singt sie mit wohlklingender, süßlicher Stimme; auch Frau Ada Högele kann singen, ihr Sopran ist von angenehmem Wohlklang, man lauscht gerne ihren so hübschen Volksliedern, die überhaupt die in städtischer Zahl gebrauchten alten und neuen Volksweisen ein besonderer Vorzug des Programms ist. Auch dieses Künstlerpaar durfte lebhaften Beifall und Anerkennung entgegennehmen. Der Abend war für alle Besucher ein Genuß und brachte den 'Fröhlichen Drei' einen vollen Erfolg. w.

Warum greift das Wohnungsamt nicht ein? Zu dieser unter vorstehendem Stichwort in unserem Blatt von der Mieter- und Untermietervereinigung geübten Kritik schreibt das Wohnungsamt: Es ist unklar, daß die Wohnung Ruppurrerstraße 64 II neben einer Mansarde aus 7 Zimmern besteht bezogen. Es ist unklar, daß die Wohnung nur von 2 Personen benutzt wird. Es ist unklar, daß sich im Gartenhaus die Möbel einer Händlerin befinden. Was hier dagegen sind unsere in dieser Angelegenheit in Nr. 128 vom 6. Juni d. J. gemachten Angaben.

Zu obiger Berichtigung bemerkt die Mieter- und Untermietervereinigung folgendes: Wir haben schon in unserer Nachschrift zur letzten Berichtigung des Wohnungsamts bemerkt, daß allerdings die Wohnung in der Ruppurrerstraße 64 II nicht aus 7, sondern aus 6 Zimmern und 1 Badezimmer nebst einer schönen Mansarde besteht. Warum also die Berichtigung? Zu Nr. 2 behaupten wir im Gegensatz zum Wohnungsamt, daß die Wohnung zurzeit nur von 2 Personen ständig bewohnt wird. Die angeblich dritte Person kommt von Zeit zu Zeit zu Besuch und fährt dann wieder weg. Die Haushälterin, die wir für die Manjarde gerechnet haben, ist nun auch nicht mehr in der Wohnung. Wir geben zu, daß 4 Personen für die Wohnung vorgemeldet sind. Daß die im Gartenhaus untergebrachten Möbel nicht einer Händlerin gehören, sondern zwangsweise vom Wohnungsamt eingestiftet sind, stimmt vollst. Zu dem Irrtum unseres Gewährsmannes führte aber der Umstand, daß von den Möbeln seit der Einstellung veräußert worden sind, wie uns auf das bestimmteste versichert wurde.

Heute gibt es eine vorzügliche Heibelbeerente. Aus allen Heibelbeerorten laufen Nachrichten ein, daß die Heibelbeerente veripricht außerordentlich gut zu werden. Die Bische sind zum Teil so mit Beeren behängt, daß es fast unmöglich sein wird, alle zu ernten. Besonders günstig lauten die Meldungen aus dem Oberrhein, dem Speßart, dem Hundsrück und Taunus. Also Beeren gibt es genug. Eine andere Frage ist aber, ob auch alle Reflektanten, besonders linderreiche Familien, dieselben kaufen können. Wie auf vielen Gebieten, wird auch hier sich wieder eine gewisse rückwärtslose Händlerhaft breit machen und die Preise für Heibelbeeren so verteuern, daß der Minderbemittelte nicht imstande ist, dieselben zulegen zu können.

Abhaltung eines Ausbildungskurses für Anabenhandarbeitsunterricht. Zur methodischen Ausbildung und Fortbildung von Lehrern für Anabenhandarbeitsunterricht (Modellieren, Rapp-, Hobel- und Metallarbeiten) wird in der Zeit vom 1. bis 20. August hier ein Lehrkurs abgehalten, an dem Lehrer von Anstalten aller Schulstufen des Landes teilnehmen können, die in diesem Fach unterrichten sollen. Anmeldungen sind bis zum 12. Juli durch Vermittlung der Amtsdirektion oder der Kreis-schulämter vorzunehmen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheausgelote. Ludwig Strikel von Gattenhofen, Rangierer hier, mit Mathilde Berger, geb. Schmalz, von Barnhals. Gustav Winkensböcker von hier, Radierer hier, mit Elisabeth Hertenstein von Aplingen. Walter Müller von Hamburg, Kaufmann hier, mit Elisabeth Suhr von Forzheim.

Todesfälle. Frieda Maurer, Expedientin, ledig, alt 23 Jahre Reszgentia Specht, Krankenschwester a. D., ledig, alt 84 Jahre. Anna Hemberger, alt 82 Jahre, Witwe von Jakob Hemberger, Musiklehrer. Gertrud Krüger, alt 72 Jahre, Ehefrau von Wilhelm Krüger, Schuhmachermeister.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

Abchied Neugebauer

Eine Vorstellung, von der man sich wirklich nur schwer eine machen kann! Es wurde wieder einmal deutlich, warum die Nachwelt dem Mimen keine Kränze spahrt: das besorgt die Welt schon reichlich genug. — Bei der heute bekanntlich so unbeschränkt möglichen Freizügigkeit ist das Gehen und Bleiben einem jeden freigestellt; es darf niemand Vorurteilen machen. Wo aber ein höherer, ein künstlerischer Imperativ das Wort hat, muß man ihm entsprechen. Das heißt in unserem Fall: Helmut Neugebauer hätte unter allen Umständen bleiben sollen. Und es schien, als sei ihm diese Notwendigkeit noch nie so deutlich zum Bewußtsein gekommen, wie inmitten des Blumenregens, der an diesem Ehrentag in kaum erwarteter Fülle auf ihn niederfiel. Wie der Mensch zum Leben und Werden der Vedenständigkeit bedarf, so auch der Künstler. Und die hatte Neugebauer an unserem Theater in einem Grade erlangen, den er wohl kaum anderswo erreichen dürfte. Wer seit seinem ersten Auftreten in 'Martha' und im 'Toussaint' bis zum vergangenen Sonntag, als er im letztgenannten Werk von uns Abschied nahm, den Werdegang des Sängers verfolgte, wird ihn in die allererste Reihe derer stellen, für die der Name Karlsruhe mit dem Wort Aufstieg untrennbar verknüpft ist. Seine außerordentliche Gestaltungskraft, die ungewöhnlich einnehmenden Stimmteile, die durch die geistvolle Art des Vortrags stets zu besonderer Wirkung gebracht wurden, im Verein mit einer ausgeprochenen Musikalität haben ihn weit über alles 'Ländliche' hinaus in eine Ebene edler und reiner Künstlerhaft. Mit seinem Fortgehen wird nicht etwa das 'Fach des Tenors frei'; vielmehr stellt mit ihm ein Stück des Gesamtprofils unseres Theaters, das die beste Stimme nicht ersetzen kann. Der Ramico seines Abschiedsabend brachte das deutlich zum Bewußtsein; nirgends zeigte er die Gestaltung von innen heraus so wie hier, wo ihm die Gestaltung und nicht der textliche Gehalt zur Ausbeutung bleibt. Und darin ist er Meister! Das gab allen seinen Schöpfungen etwas eigenes, persönliches, ebenso unver-

Denkmalifest 1922. Das Denkmalifest des Allgemeinen Deutschen Musikvereins 1922 wird in Mannheim stattfinden.

Gegen den Genussmittelverbrauch. Die deutsche Kergelocherlei erlöst einen Aufseher gegen den unfruchtlichen Verbrauch von Genussmitteln. Alle Kergelocher werden gebeten: Trete dem Verbot von der kergelochenden Bedeutung des Alkohols, der Unentbehrlichkeit des Tabaks, sowie dem trügen und frivolen Leichtsinne der breiten Massen unseres Volkes entgegen, damit den Kergelocherlei der Vorwurf erspart bleibe, daß sie in den schwersten Jahren unseres Volkes die Pflicht gräßlich verlehrt haben.

Technische Beiräte. Nach einer ministeriellen Verordnung vom 22. Juni wird bei den vier technischen Abteilungen der höheren technischen Lehranstalt Karlsruhe (der hochtechnischen, bahn- und luftbautechnischen, maschinen- und elektrischen Abteilungen) je ein Beirat gebildet. Aufgabe der Beiräte ist, sich in wichtigen Fragen des Lehr- und Unterrichts-betriebes der Abteilungen gutachtlich zu äußern. Die Beiräte können auch von sich aus Vorschläge über Unterrichts- und Prüfungsfragen machen.

Bad. Landesbühnen. Das Badische Landesbühnen erwarb das mit dem Max Reuberpreis ausgezeichnete Drama „Anna Bolena“ von Emil Bernhard zur allgemeinen Aufführung.

Die Galerie Moos, Karlsruhe, Kaiserstraße 187/1, bringt während des Monats Juli eine Sonder-Ausstellung des Münchener Malers Hans von Habel, welche Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen umfasst, ferner sind Gemälde von A. Weber und Original-Abbildungen von Julius Koch und Valentin Drakovic neu ausgefellt.

Steph. Riesen-Sommer-Variete-Vorstellung hat sich hier auf dem Schmeiblerplatz bei der Goethe-Schule niedergelassen und wird morgen Donnerstag abend 8 1/2 Uhr seine Eröffnungs-Vorstellung geben. Alles Nähere siehe Anzeige.

Polizeibericht vom 6. Juli, Unfälle. Gestern abend geriet ein 13 Jahre alter Knabe auf dem hier, der in der Karlstraße auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen aufsprang, unter dem Wagen und erlitt eine starke Quetschung am rechten Unterarm sowie Kopfverletzungen. Er wurde nach dem städtischen Krankenhaus verbracht. — Am Montag vormittag wurde in der Biesenstraße ein 30 Jahre alter Fuhrmann von hier während der Fahrt mit seinem Fuhrwerk abgestoßen. Er kam zu Fall und wurde von dem Reitwagen überfahren, wodurch er starke Quetschungen am rechten Oberarm und eine Kopfverletzung erlitt. Auch er fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus. — Fahrraddiebstahl. Aus dem Jura eines Hauses der Markgrafenstraße wurde gestern ein Fahrrad im Wert von 1000 M und vor einem Hause der Kaiserstraße ein solches im Wert von 600 M durch unbekannten Täter entwendet. — Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Personenauto erfolgte am Montag nachmittags Ecke Mainz- und Kaiserstraße. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt, Personen wurden nicht verletzt. — Wegen unerlaubter Waffenbesitzes gelangten in letzter Zeit mehrere Personen zur Anzeige.

Valuta-Bericht vom 5. Juli

Markkurs in der Schweiz circa 8.05 Cts. Auszahlung Holland notierte 24.40 M per holl. Gulden. Schweiz notierte 12.45 M per schw. Fr. England notierte 277 1/2 M per Pf. Sterl. Frankreich notierte 5.95 M per frz. Fr. Newyork notierte 74.25 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 6. Juli 1921

Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag nacht: Heiter, zunehmende Wärme, vereingelt Gewitter.

Das städtische Kiesfeld auf dem Exerzierplatz

Draußen auf dem Exerzierplatz bei der Grenadiers-Kaserne, wo bis Kriegeschluss das Donnergewitter der militärischen Vorgesetzten erschallte, durch Gewehrknatter die Kranken im nahen Krankenhaus in ihrer Ruhe gestört und der Boden des Platzes mit Soldatensweiss getränkt wurde, ist ein großartiges Kulturwerk entstanden. Kein Leben mit Mordwaffen zur Vernichtung von Menschenleben ist mehr zu sehen, sondern mit Hacke und Spaten versehen finden sich jeden Abend fleißige Menschen ein, um auf dem Boden des Exerzierplatzes die für das menschliche Leben und dessen Erhaltung erforderlichen Produkte zu pflanzen.

Veranlaßt durch die große Lebensmittelnot während des Krieges und den bedrückenden Mangel an Düngersstoffen hatte sich die Stadtverwaltung Karlsruhe schon im Jahre 1917 mit dem Gedanken befaßt, die städtischen Abwässer zum Nutzen der Land- und Gartenwirtschaft zu verwenden. Das städtische Tiefbauamt hatte, da die hierzu benutzenden staatlichen Stellen anderweit in Anspruch genommen waren, einen Entwurf für eine umfangreiche Nieselanlage östlich Weisk- und Teufelsneureut bearbeitet. Diese Arbeit fand zwar die grundsätzliche Zustimmung der staatlichen Aufsichtsorgane, der für das Unternehmen genähte Platz wurde aber von ihnen aus verschiedenen Gründen verworfen. Nach dem Kriege bot sich aber in Folge der Bestimmungen des Friedensvertrages die willkommene Gelegenheit, für die geplante Anlage den früheren Exerzierplatz in Anspruch zu nehmen. Der Eigentümer des rd. 78 Hektar großen Platzes das bad. Domänenamt, fand sich bereit, ihn der Stadt, wenn auch nicht käuflich, so doch auf 30 Jahre gegen einen mäßigen Preis pachtweise zu überlassen. In Erkenntnis des hohen Wertes der städt. Abwässer für die Landwirtschaft hat die Kulturlinspektion Karlsruhe die Bearbeitung eines großzügigen Entwurfes für eine ausgedehnte Nieselanlage im Norden von Karlsruhe aufgenommen und es ist zu hoffen, daß ihre Untersuchungen zu dem gewünschten Ziele führen werden.

Nachdem also nun der Exerzierplatz für die Verrieselung freigegeben war und von der Stadtverwaltung erachtet werden konnte, entschloß sich diese, die Nieselanlage als städt. Unternehmen auszuführen. Zuvor hatte sie die Gutachten vereinigter Sachverständiger erhoben, die zu dem Ergebnis kamen, daß man unter allen Umständen dazu raten müsse, Versuchsanlagen zu bauen. Als eine solche ist das nun fast fertiggestellte Kiesfeld im Hinblick auf die große Unternehmung zu betrachten, welche von der Kulturlinspektion geplant wird. Der Baubeginn wurde, nachdem alle Hindernisse aus dem Wege geräumt waren, umso rascher herbeigeführt, als die im letzten Späthjahr immer bedrohlicher werdende Erwerbslosigkeit die Stadt zwang, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Der Bürgerauschuß stellte die für den Bau erforderlichen Mittel in Höhe von 750 000 M bereit, und es konnte so während der letzten 9 Monate eine große Zahl von Familienvätern Beschäftigung finden.

Das Kiesfeld ist nicht nach einem bestimmten System angelegt; die Wasserabwendung erfolgt vielmehr nach verschiedenen Systemen, je nach den Geländebewegungen. Der Exerzierplatz wird von einem Netz von Haupt- und Nebengräben durchzogen, von denen aus sich die eigentlichen Verteilungsgräben abzweigen. An diesen Regen die Gärten, die selbst wieder durch ein Netz von teils bleibenden, teils nach der Wässerung wieder verschwindenden Furchen aufgeteilt sind. Zum Zweck der Vertiefung können mit Hilfe niedriger Erdbämmchen die Gärten je nach ihrer Lage im Ganzen oder in einzelnen Teilen völlig überflutet werden.

Die Verteilung des Wassers geschieht in den Haupt- und Nebengräben mit Hilfe von fest eingebauten Schließern. In gewissen Abständen durchziehen kurze Abflüsse die Dämme jener Gräben und führen das Wasser den Verteilungsgräben und den einzelnen Grundstücken zu. Der ganze Platz ist durch die Hauptgräben in eine gewisse Zahl von Komplexen eingeteilt, denen das Wasser abwechselnd nach einem festliegenden Stundenplan zugeführt wird.

Das Nieselfeld wird dem Neugarten entnommen, einem städtischen Hauptkanal, der in Rühlburg vom Landgraben abweicht und dem Westrande des Hartwaldes entlang nach dem Klärwerk in Reurent zieht. Der Pumpenschacht befindet sich etwa 400 Meter nördlich der Kaserne des ehemaligen Telegraphenbataillons. Die Zentrifugalpumpe, welche darin untergebracht ist und elektrisch angetrieben wird, hebt eine Wassermenge von 100 ltr. auf etwa 8 Meter Höhe. Die Druckleitung ist zur Erparung an Kosten aus Stangeisen hergestellt. Sie endigt im Hartwald am Südbügel der ehemaligen Schießstände und findet ihre Fortsetzung in einem offenen Graben, der die Gräben des Nieselfeldes speist. Kurz unterhalb des Endes der Druckleitung ist eine Einrichtung getroffen, die es ermöglicht, die städt. Latrinewagen in den Zubringer zu entleeren und so die zum Nieseln verwendeten Kanalabwässer mit Düngerschlamm anzureichern. Beim Eintritt des Zubringers auf das Nieselfeld ist ein Schammbeden angeordnet, in welchem im Bedarfsfalle das Nieselfeld zunächst entkalkt werden kann. Nördlich des Schammbedens ist ein Kompostanlage gebaut, in welcher städt. Müll- und Kanalabwässer mit Hilfe der Latrine zu Dünger verarbeitet werden soll, um auf Verlangen an die Gärten der Nieselfelder käuflich abgegeben zu werden.

Zur Bedienung der Pumpe und zur Regelung der Wasser-Verteilung usw. beschäftigt die Stadt neben einem Nieselfeldwart, dessen Wohnung sich in dem auf der Westseite des Platzes stehenden Schuppen befindet, z. B. noch einige Arbeiter.

Es werden so etwa 400 Grundstücke geschaffen, welche, je nach Wunsch der Pächter, 500 bis 7000 Quadratmeter groß sind. In der Regel messen sie zwischen 500 und 1000 Quadratmeter. Auf dem größten dieser Löss hat sich eine Gärtnerei angebetelt. Die Pächter sind zu einer Genossenschaft vereinigt. Bei der Festsetzung des Pachtpreises, vorläufig 14 M pro Ar, ließ sich die Stadt von dem Geboten lassen, daß sie nur ihre tatsächlichen Ausgaben ersetzt werden sollen, und daß ein etwaiger Gewinn ausschließlich den Pächtern zu Gute kommen soll. Diese sind dafür allerdings verpflichtet, ihre Gärtnereiarbeiten, soweit sie nicht für den eigenen Haushalt verwendet werden, nur in Karlsruhe anzulegen, solange daselbst hierfür Nachfrage besteht.

Nach dem Urteil der Sachverständigen eignet sich die Nieselfeldherberrichtung für den Anbau von Gemüse, Kartoffeln, Getreide und Futterrüben, es ist aber auch möglich, mit Erfolg Nieseln anzulegen oder Getreide zu bauen.

Heute ist der Platz bis auf verhältnismäßig wenig Löss und bis auf das Nieselfeld in der Südwestecke, das dauernd dem Sport und Spiel erhalten werden soll, an die Pächter vergeben. Möge das neu geschaffene „Kulturwerk ersten Ranges“, wie das Unternehmen von einem der Sachverständigen genannt wurde, im Laufe der Jahre sich immer besser entwickeln und reiche Früchte tragen, Früchte für Küche und Keller des Gartenpächters, Früchte aber auch für Stadt und Vaterland durch Hebung der Volksgesundheit und Beförderung der Liebe zur Scholle und zur Natur.

Oberschlesien

Neue Konflikte in Oberschlesien

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ aus Oppeln meldet, wurde gestern vom 12er-Ausschuß der deutschen Parteien, der im Beisein des Generals Höfer tagte, festgestellt, daß von Seiten der Polen keine dem Abkommen entsprechende Räumung erfolgt ist. Die Insurgentenbehörden arbeiteten weiter und würden von den Franzosen in ihrer amtlichen Eigenschaft bestätigt. In Klein-Raudenz, Kreis Ratibor, seien Ortswehren von den Insurgenten gebildet worden.

Wie mehrere Blätter aus Breslau melden, soll es in den letzten Tagen der Abzug des Grenzschutzes aus Oberschlesien zu Konflikten in Mittelschlesien gekommen sein.

Nach einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Oppeln wird der polnische Rüdzug als eine Komödie bezeichnet. Nachrichten über die Bildung polnischer Verbände hinter den Linien der interalliierten Truppen treffen immer mehr ein. Hebertage halten sich die Verbände in den Wäldern versteckt und ruhig, nachts überfallen sie die Deutschgefeinteten, verschleppen Deutsche, plündern und morden. In den Wäldern um Gleiwitz wimmelt es von schwerbewaffneten Verbänden. In den Kreisen Ratibor und Ratibor haben sie in einigen Ortschaften wieder die Gewalt an sich gerissen. Die deutsche Bevölkerung flieht in Massen westwärts. Die über die Grenze gegangenen Insurgenten stehen regulär zusammengefaßt hinter der Grenze. Alle diese Anzeichen deuten auf einen großen vierten Aufstand hin, der am 10. Juli durch einen Generalaufstand eingeleitet werden soll.

Kattowitz, 4. Juli. In Laurahütte, Friedenshütte und Gohulla-Hütte haben sich neuerdings die Insurgenten schwere Verhandlungen von Beamten auszuhandeln kommen lassen. An den Hüttenbeamten Schmelz in Laurahütte trat ein Arbeiter mit dem Ersuchen heran, ihn in den Betrieb einzulassen. Er konnte aber wegen Arbeitsmangel nicht angenommen werden. Daraufhin kehrte der Mann mit 26 Insurgenten zurück und holte Klübel mit etwa 20 anderen Beamten aus dem Werk heraus, die sämtlich mit Gummiknüppeln in schwerer Weise mißhandelt wurden. 3 Beamte mußten ins Lazarett geschafft werden. Die übrigen flüchteten nach Kattowitz. Auch der größte Teil der höheren Industriebeamten in Friedens- und Gohulla-Hütte mußte vor Verhandlungen der Insurgenten flüchten.

Oppeln, 5. Juli. Die Nacht ist im Allgemeinen ruhig verlaufen. Unter dem verstärkten Belagerungsstand ist der Straßenverkehr von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten. Niemand darf die Stadt auf der Eisenbahn oder Straßenbahn verlassen. Bei den gestrigen Vorgängen an der neuen Kaserne wurde der französische Bataillonskommandeur durch einen Kopfschuß getötet, ein französischer Sergeant verletzt. Auf deutscher Seite sind 4 Mann und ein Schulmädchen getötet worden. Die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest.

Oppeln, 6. Juli. Von einem Augenzeugen wird über die Vorgänge in Reuthe berichtet, daß die französischen Mannschaften mit gefülltem Bajonett unter der unbewaffneten Menge ein Fluchtmanöver anrichteten. Unter anderem wurde ein junger Mann, der sich um eine schwerverletzte Frau bemühte, mit den Gewehrkolben niedergeschlagen. Sein Kopf war durch Bajonettschläge bis zur Unkenntlichkeit zertrümmert. Die genaue Ziffer der deutschen Toten ließ sich noch nicht feststellen. Abends nach acht Uhr, nachdem die Straßen bereits geräumt waren, durchzogen französische Soldaten die Stadt und warfen wahllos Handgranaten in die Häuser.

Volkshandlung Karlsruhe, Adlerstr. 16

empfiehlt das grüne Kursbuch 4.80 M. Sommerfahrplan 60 s, sowie Schwarzwaldführer mit Porto 19 M und diverse Wanderkarten.

Letzte Nachrichten

Die polnische Valuta

Berlin, 5. Juli. Nach einer Warschauer Meldung des „Berliner Tageblatts“ ist der polnische Reichstag mit Rücksicht auf den Stand der polnischen Valuta entgegen seiner früheren Absicht noch zusammengeblieben. Finanzminister Steczkowski führte aus, zur Besserung der Finanzlage sei eine stetige und den Tatsachen Rechnung tragende äußere und innere Politik notwendig. Er bemerkte, daß das letzte, stetige und rasche Sinken der polnischen Valuta mit dem Korfan-ty-Minister in Oberschlesien (!) begonnen habe. Sodann ging er auf finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen ein, durch die eine Besserung herbeigeführt werden könne.

Die Polenmarkt ist nach einer Feststellung der „Frankf. Ztg.“ auf den Wert von zwei deutschen Reichsmark gesunken und wird an der Warschauer Börse nicht mehr notiert. Da die deutsche Mark selbst schon auf einen Bruchteil ihres ehemaligen Goldwertes herabgesunken ist, so läßt sich ermesen, daß der Wert der polnischen Mark zahlenmäßig schon jetzt nicht mehr zu erfassen und eigentlich nur noch eine gedachte Größe ist. Diese Tatsache scheint nun selbst in Polen eine gewisse Befürchtung herbeigeführt zu haben. Man hat dort alles auf Oberschlesien eingeworfen. Wenn dieses dem Polentum zufiele, so meinte man in Warschau, dann sei man aus allen Räten heraus. Das ist die Art des dergeordneten Goharbens, der immer auf den großen Glücksspiel, sei es im Spiel, sei es in der Lotterie oder sonstwo spekuliert und daraufhin Schulden macht. So ist die „polnische Wirtschaft“, die Lebensweise der polnischen Aristokratie historisch geworden, die aus dem alten Polen einen Haufen verlotterten Gerümpels gemacht und in drei Jahrhunderten die deutschen Reichsstädte verschlammpt hatte, so daß Preußen sie erst wieder aus den Trümmern aufbauen mußte. Man sollte meinen, daß ein Staat, der keinerlei Reparationen zu leisten hat, auf dem keine Sanctionen lasten, der sich an der großen Ausplünderung Deutschlands tapfer beteiligt hat und dafür von Frankreich wie ein unartiges Kind verhätschelt worden ist, sich auch in diesen schwierigen Zeiten mühe wirtschaftlich halten können. Statt dessen geht es mit wachsender Geschwindigkeit abwärts.

Konferenz der Ernährungsminister

Berlin, 5. Juli. (Prioattelegramm). Wittermeldungen zufolge findet die nächste Konferenz der Ernährungsminister am 8. Juli in Stuttgart statt. Die Konferenz wird sich mit der Frage der Rindfleischverordnung, mit der Aufhebung der Bestimmungen über den Erlaubniszwang beim Handel mit Lebens- und Futtermitteln mit der Zuckerrücklage beschäftigen.

Gründung einer Vereinigung bürgerlicher Zeitungen

München, 5. Juli. Die durch den letzten politischen Streik verursachte Rohmung der bürgerlichen Presse hat die Münchener Zeitungsverlage veranlaßt, eine Vereinigung bürgerlicher Zeitungen zu gründen, um ihre berechtigten Interessen in Zukunft besser wahren zu können.

Bohnreduzierung in der Metallindustrie des Interellaf

München, 5. Juli. In sämtlichen Metallbetrieben des Interellaf ist der Arbeiterlohn mitgeteilt worden, daß von jetzt ab die Löhne um 25 Cts. pro Stunde gekürzt werden. In allen Orten des Interellaf fanden in den letzten Tagen Protestversammlungen statt, in denen die Bohnreduzierung als völlig unannehmbar bezeichnet wurde.

Deutsche Lieferungen an Frankreich

Paris, 6. Juli. Der „Intransigeant“ veröffentlicht Einzelheiten über das Abkommen, das zwischen französischem und deutschen Delegierten fertiggestellt worden ist. Es handelt sich um Warenlieferungen und Rohmaterialien im Werte von 15 Milliarden. Unter anderem handelt es sich um den Ankauf von 500 deutschen Lokomotiven und 25 000 Eisenbahnwagen. Mit der Lieferung der Modelle von Geschützern wird in der nächsten Zeit der Anfang gemacht werden. Der Austausch der Unterschriften soll durch Longeur und Rathenau in Wiesbaden erfolgen.

Wiederaufnahme der Arbeit in den englischen Bergwerken

London, 5. Juli. Die Berichte aus den Bergwerken melden, daß die Bergarbeiter im allgemeinen die Arbeit wieder aufgenommen haben, obgleich nur eine beschränkte Anzahl an die Arbeit gehen konnte, wegen des schlechten Zustandes der Gruben.

Brand auf einem russischen Wolga-dampfer

Moskau, 5. Juli. Bei einem Brand auf einem russischen Wolgadampfer kamen mehrere Hundert Passagiere ums Leben, darunter der Bischof von Nowgorod und mehrere Universitätsprofessoren, die zu Unterrichtszwecken nach dem Kaufkas reisten und eine Abteilung russischer Geheimpolizei. Aus der Anwesenheit der letzteren auf dem Schiffe schließt man, daß durch den Brand ein Anschlag auf die Geheimpolizei geplant war.

Briefkasten der Redaktion

Nach Haag (Ant. Baden-Baden), Parteikaffier 1. Die Abrechnung ist jeweils bis 10. nach Quartalschluss in einem Exemplar dem Parteisekretariat in Karlsruhe einzugenden. Eine dritte Abschrift der Abrechnung ist in einem Heft einzutragen, welches am Ort bleibt. Falls Sie nicht im Besitze einer solchen Abrechnungsbüchse sind, so schreiben Sie bitte an den Genossen Hahn nach Mannheim, damit er Ihnen ein solches zufickt.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Überlicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil, Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Die in 4 Heften mit 1.20 die Hefte Vereinsanzeiger finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme. Durchlauf (Sozialdem. Verein). Donnerstag, 7. Juli, abends 8 Uhr in der Festhalle Auswahlsitzung. Vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig! 5089 Der Vorstand.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 160; Rehl 200, gpf 5; Maxau 421, gef. 1; Mannheim 306, gef. 1 Zentimeter.

Reisekoffer
Reisehandtaschen
Damentaschen
Besuchstaschen
Aktenmappen
Berufstaschen
 sowie 5001
 sonstige **Lederwaren**

Spezial-Kofferhaus
 51 Geschw. Lämmle 51
 Kronenstrasse
 — Telephon 1451. —

Hausfrauen!
Einmach-Töpfe u.
Einmach-Gläser

große Mengen werden — auch einzeln — allerbilligst abgegeben 5067

Hardtstraße 42
 alltäglich 3-6 Uhr.

Rich. Kittel
 Uhrmacher-Meister
 Am Stadtpark, Hauptbahnhof
 Telefon 2540. 5050

Moderne
Zimmer-Uhren.

Billigste Bezugsquelle.
 Größte Auswahl.
 Reparatur - Werkstätte.

Tüchtige
Maler-Gehilfen
 werden gesucht

Karl und Emil Sacroix
 Sofienstraße 56. 5090

Offset-Maschinenmeister

erste Kraft, ebenf. auch befähigter Steindruck-Maschinenmeister zur Ausbildung an der Offset, ferner junger, lediger Ehepartner für Zeichnung und Schrift in Bauverwaltung zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe der Wohnansprüche unter Nr. 5062 an das Volksfreundbüro.

Gesucht!
Tüchtiger Maschinenarbeiter
 gelernter Glaser oder Schreiner, der mit sämtlichen Holzbearbeitungsmaschinen gut vertraut ist, ebenso

äußerst zuverlässiger Glaser
 für Reparaturen, der im Verkehr mit besserer Kundschaft gewandt ist, beide für selbstständige dauernde Stellung. Wegen Wohnungsnot möglichst ledig.

Karl Moser, Glasermeister
 Baden-Baden. 5065

Höchste Preise
 für Kleider, Uniformen,
 Wäsche, Schuhe, Teppiche, Gardinen etc. etc.

S. Axelrad
 Telefon 2080
 Effenwiesstr. 32, 2. St.

Gummihohlen
 angefertigt ohne
 Nagel, Bohlen und
 Nägel 21 % von
 anwärts zugelandet
 Arbeit wird in zwei
 Tagen zurückgeliefert
 Schürreparatur mit
 elektrischem Betrieb.

Waldfornstr. 36
 Ecke Wartstrasse
 und Jähringervorstr.

Mieter- u. Untermieter-Bereinigung
Karlsruhe (E.V.) 5050

Geschäftsst. : Morgenstr. 51, v. Sprechst. tägl. 5-7 Uhr
 Mittwoch abend v. 8-9 Uhr unter den Linden, Poststr.

Sonntag den 10. Juli, vorm. 1/2 10 Uhr, im
großen Saal des Kolosseum

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
 Geschäftsbericht des Vorstandes. Kassenbericht.
 Wir eruchen unsere Mitglieder zu dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen.
 Bitte Ausweis mitbringen.
 Der Vorstand.

Gemeinnützige Bauarbeiter-
Genossenschaft „Selbsthilfe“
 G. m. b. H., Karlsruhe.

Am Sonntag, 10. Juli, vorm. 9 Uhr, findet
 im Lokal „Zum Auerhahn“, Schützenstraße, die

vierteljährliche Versammlung
 statt. Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Oberbürgermeister Wetterer
 über: Das Wesen der Genossenschaft.
 2. Verschiedenes.
 Eintritt nur gegen Vorzeigen der grünen
 Mitgliedskarte. 5063
 J. A.: Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Betriebsräte!

Nachdem die Wahlen zu den Betriebsräten nun allenthalben durchgeführt sind, soll mit dem weiteren Aufbau der Betriebsräte-Genossenschaft begonnen werden.

Nach den Vorschriften und Richtlinien des A.D.G.B. werden hiermit zur Vornahme der Wahlen der Gruppenräte und der Vertreter der Gruppenräte in den Bezirksrat

auf Donnerstag, 7. Juli, nachmittags 1/2 5 Uhr,
 folgende

Versammlungen
 einberufen:

In die Restauration „Alten Aue“, Biefel:
 1. Für die gewählten Betriebsratsmitglieder im Bank-, Versicherungs- und Handelsgewerbe;
 2. Staatliche und kommunale Behörden und Industrie; 3. Sozialversicherung.

In den Saal der Restauration „Auerhahn“, Schützenstraße: 1. Für die gewählten Betriebsratsmitglieder in der Bekleidungs- und Textilindustrie; 2. Chemische Industrie; 3. Graphische Gewerbe.

In den Speiseaal der Hauptwerkstätte: 1. Für die gewählten Betriebsratsmitglieder der Holzindustrie; 2. Lederindustrie.

In den Sitzungs-Saal der Hauptwerkstätte: Für die gewählten Betriebsratsmitglieder des Verkehrs Eisenbahn, Post und Telegraphen, Straßenbahn, Spedition und Güterbeförderung, Fuhrbetriebe aller Art, Reederei und Schiffsbefrachtung, See- und Binnenverkehr.

In den Saal der Restauration zum „Gamsbrunnshaus“, Gebrüderstraße: 1. Für die gewählten Betriebsratsmitglieder im Berggewerbe und der Steinindustrie; 2. Lebensmittel- und Genussmittelindustrie; 3. Landwirtschaft.

Neben den gewählten Betriebsratsmitgliedern müssen in den einzelnen Versammlungen auch die Vertreter der betr. Organisationen anwesend sein.

Referenzen in den einzelnen Versammlungen sind die Kollegen Denninger, Krebs, Schriebl, Stitt, Hof und Koch. 5042

Vollständiges Erscheinen erwartet

Der Ortsausgang Karlsruhe des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes.
 J. A.: W. Hof, Sekretär.

GALERIE MOOS
 Kaiserstrasse 187 5048

Sonder-Ausstellung
Hans von Hayek
 Graphik von Koch etc.
 — Juli 1921. —

Hoch- und Tiefbau-Techniker,
 praktisch erfahren, zeichnerisch gebildet, nicht über 30 Jahre alt, für sofort gesucht. 1560

Bewerbungsschreiben mit Gehaltsangabe nebst Lebenslauf und Zeugnisabschriften wollen bis längstens Montag, den 11. ds. Mts., eingereicht werden.

Gaggenau, den 4. Juli 1921.
 Das Bürgermeisteramt.
 Schneider.

RESIDENZ-
 Lichtspiele
 Waldstr. 30. Tel. 5111.

Heute bis einschl. Freitag:
Freie Liebe ...!

Ein psycholog. Filmroman in 6 Akten
 Hauptrollen: 5008
 Lucie Höllich — Marija Leiko
 Herm. Thimig — Camillo Sacchetto

Beginn: 4.45, 7.00, 9.15 Uhr.

Leo's letzte Bummelfahrt
 3 Akte aus dem Eheleben in zwei
 Episoden mit **Leo Peukert.**
 Beginn: 4, 6.15, 8.30 Uhr.

Fest-Programm
 zum
25jährigen
Priesterjubiläum
 des Hochw. Herrn Stadtpfarrers
August Stumpf
 am 10. Juli 1921 in Karlsruhe.

Generalkommunion der Gemeinde.
 Festgottesdienst um 9 Uhr in der
 St. Bernhardskirche. Festrede d. Hochw.
 Herrn Winkl. Geistl. Rates Dr. Sester
 aus Freiburg. Messe solemn in D-dur
 für vierstimmigen gemischten Chor,
 Orchester und Orgel von Max Filke.
 Beglückwünschung d. Hochw. Herrn
 Jubilars um 11 Uhr durch die eingelad.
 Personen und Vereine im Annahaus.
 Weilliche Feiern um 8 Uhr abends im
 großen Festsaal. Festredner: Herr
 Finanzminister Kähler. Darbietungen
 von Chören durch den Kirchenchor St.
 Bernhard u. von Orchesterstücken durch
 die Kapelle Rudolph. — Eintritt in die
 Festhalle gegen Karte zu 5 Mk., 4 Mk.,
 3 Mk. und 150 Mk. die in den Geschäften
 von Joster, Ludwig-Wilhelmstr. 3, von
 Kern, Ludwig-Wilhelmstr. 4 und von
 Dorer, Nachl., Erbringerstrasse 19 zu
 haben sind.
 Festprogramme an der Abendkasse.

Kath. Stiftungsrat St. Bernhard.

Achtung! Kunst-Anzeige. Achtung!
D. Stey's Riesen-Sommer-
Variete-Weiterschau

ist eingetroffen, mit einer grossen Künstler-
 schar, 20 Personen, 22 Attraktionen.
Schauplatz: Schmiederplatz bei der
Goetheschule Karlsruhe

Eröffnungsvorstellung Donnerstag, 7. Juli
abends 8 1/2 Uhr.

Kein Zirkus, kein Variete kann solche Pro-
 gramme bieten wie **D. Stey's Riesen-Weit-**
schau. Auftreten nur erstklassiger Künstler
 und Künstlerinnen. **1000 Mark Prämie**
 erhält derjenige, der solche Attraktionen jemals
 gesehen hat.

Preise der Plätze: Loge 8 Mk., Sperrsitz
 6 Mk., Stuhlsitz 5 Mk., 1. Bankreihe 4 Mk.,
 2. Bankreihe 3.50 Mk., 3. Bankreihe 3 Mk.,
 Stehpult 2 Mk., Kinder unter 10 Jahren
 die Hälfte. Bei Bestimmung des hohen Seils
 werden 50 Pfg. mehr erhoben. 5071

Es ladet hSf. ein
 Direktor **D. Stey, Weltfirma.**

Volks-Schauspiel Detigheim
 (bei Bistatt)

Wilhelm Tell.

Aufführung:
 Jeden Sonn- und Feiertag bis Ende September.
 Anfang 2 Uhr. Ende 6 Uhr.

Freie der Plätze: Sitzplätze: 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und
 10 Mk., Stehpult: 2 Mk., für Kinder 1 Mk.

Vorverkauf: Detigheim Theaterkasse, Tel. 61 Bistatt,
 Karlsruhe Herderstr. Verlagshandlg., Tel. 1285,
 Zeitungskauf beim Hotel Germania und Buchhand-
 lung Kraus, Bismarckstrasse 4, Tel. 2261.

Zugberechtigt nach Zabergau.

Vereinsbedarf

Diplome, Eichenkränze, Festabzeichen, Saal-
 dekorationen, Tombola-Lose, Tanzkontrollen,
 Eintrittskarten empfiehlt

Bernhard Müller Luxus-Papierhand-
 lung und Versand
 Telefon 5366 Karlsruhe Kaiserstr. 235.

Städt. Konzerthaus
 Mittwoch, den 6. Juli
 7 bis 10 Uhr M. 12.20

Der Graf von Luxemburg
 Operette in 3 Akten
 von Franz Lehár. 1904

Saal
 mit Barlett und Klavier,
 250 Sitzplätze, ist zu ver-
 geben; ebenso eine heiz-
 bare Doppel-Regelbahn.

Kühler Krug.

Jüngeres Mädchen
 für leichte Hausarbeit
 tags über gesucht
 Frau Geh., Akademier-
 strasse 37 IV.

Bilder
 mit Rahmen, große Aus-
 wahl, billigst. 4082

Schäfers Kunsthandlg.,
 Kaiserstrasse 28.

Einige Sacco-Anzüge
 sehr schön, braun, grau, starke
 Arbeit-Anzüge, neu,
 150 Mk., gr. Auswahl in
 Hofen, dar. Tennis und
 gestr., versch. getragen
 Schützenrocken billig abzu-
 geben. Offenwehstr. 32 II
 bei Kugelrad. 5053

Kleider, Schuhe
 Wäsche, Möbel, kaufen
 Sie am billigsten im
 An- u. Verkaufsgeschäft
 Glotzer. Jähringer-
 strasse 53 a, Teleph. 3488.

Weißer Käse
 per Pfund 6.— Mk. bei
 10 Pfund 4.80 Mk.
 Wiederverkäufer Vorzugs-
 preis.

Milchzentrale
 Lauterbergstrasse 3.

Durlacher Anzeigen.

Kleinerkaufpreise für Obst und Gemüse
 für die Zeit vom 5. Juli bis 12. Juli 1921.

Böhen, weiß	1.80 Mk.
Böhen, dunkel	1.80 Mk.
Erbsen mit Schoten	1.00-1.20 Mk.
Kartoffeln mit Kraut	0.70-0.80 Mk.
Kohlrabi (Irland)	0.20-0.30 Mk.
Kohlrabi	0.60 Mk.
Kraut	0.40 Mk.
Radisches	Bund 0.15-0.25 Mk.
Bienenrettiche u. Giaspiken	Bund 0.20-0.30 Mk.
Albarbar	0.70 Mk.
Wete Wäben mit Kraut	50-70 Mk.
Spinat	60-80 Mk.
Zwiebels	80-100 Mk.
Wirsing	0.50 Mk.
Wirsing	0.70 Mk.
Wirsing ohne Kraut	90-100 Mk.

Vorstehende Preise wurden im Benehmen mit der
 Preisprüfungscommission Karlsruhe festgesetzt. Ihre
 Heberziehung wird als übermäßige Preissteigerung
 angesehen und verbotig.
 Durlach, den 4. Juli 1921. 1567
 Städt. Preisprüfungsamt.

Maßtatter Anzeigen.

Die Stadtgemeinde Maßtatt läßt am
Donnerstag, den 7. Juli vorm. 10 Uhr
 in der Festhalle 10 kleinere Kochherde gegen
 Barzahlung verbleigern. 1566

Maßtatt, den 5. Juli 1921.
 Das Bürgermeisteramt.

Erdal

Je größer
 die Dose, desto vor-
 teilhafter der Kauf. Je besser
 der Schuhputz, desto
 länger halten die Schuhe!

Spare durch
Erdal

silber / gelb / braun / rotbraun
 Alleinherst. Werner & Maria, Haha

An die Abonnenten und Leser des „Volksfreund“!

Bei Einkäufen ersuchen wir unsere Abonnenten
 und Leser, die Geschäfte in erster Linie zu
 berücksichtigen, die im „Volksfreund“ inserieren.

SAISON-AUSVERKAUF

Grosse Preisermässigungen! — Hervorragende Gelegenheitsposten!

Lederwaren
zum Ausschauen.

Akten und Musikmappen
Rindleder, mit und ohne Griff, schwarz und braun 79,50 75,00 **69,50**

Brieftaschen Leder 26,50 **12,50**

Geldscheintaschen
Leder 19,50 15,50 **10,50**

Besuchstaschen
Ueberschlagform . . 17,50 **10,50**

Besuchstaschen Leder, braun, Krokopressung . . **25,00**

Damenhandtaschen
Leder, grosse Kofferform, und andere mod. Formen, gute Ausführung, schwarz und farbig . . 65,00 45,00 **30,50**

Praktisch-Berufstaschen
mit Henkel, schwarz u. braun in 3 Grössen . 42,00 36,50 **34,50**

Büchermappen
prima doppelt, Wachstuch mit Schloss 83x26 . . . **15,00**

Reisehandtaschen grau Segeltuch mit Ledergriff
99 cm lang 86 cm lang 83 cm lang
53,00 49,50 43,00

Papierwaren
Billige Mappen 5 Bogen, 5 gefüllte Couverts Mappe 100 Mappen 24,— 100 Mappen 19,00 Mappe **20,50**

Feldricht. Butterbrot-papier Rolle **2,65**

Packungen 26 Bogen, 25 Umschl. . . 10,00 6,50 **2,75**

Briefkassetten
prima Papier 14,00 12,50 **11,00**

Klosettpapier 1⁴⁵ Rolle 2,50

Billige Schürzen

Trägerschürzen, Wiener Form, mod. bunt geblumte Satins od. beste Waschestoffe 29,50 23,50 **19,50**

Blusen-Trägerschürzen aus guten Stoffen verarbeitet, gewebt und bedruckt . . 29,50 **24,50**

Holländer Schürzen in flotten Garnierungen in schönsten Farbstellungen 39,50 **37,50**

Hausschürzen aus guten Waschestoffen, völlig weit 29,50 **19,50**

Ein Posten **Kinder-Schürzen** aus besten bunt geblumten Satins, mit schöner farb. Blendengarnierung (jede weitere Grösse + 1,50 mehr) in Grösse 60 **27,50**

Schuhwaren
auf Extralatschen zu enorm billigen Preisen

Damen-Halbschuhe
moderne Formen 85,00
Chaussure schv. u. br. 115,00
Lackleder Sch. u. Sp. 125,00

Braun-Boxcall-Damen-Stiefel, Gelegenheitskaufl. **148,50**

Weisse Damen-Spangenschuhe, mit weissen Absätzen **39,50**

Kinder-Stiefel 25-26 27-30 31-35
44,50 49,50 54,50

Trikot-Wäsche

Grosse Posten **Einsatz-Oberhemden** aus starkem, weissem Trikot 37,50 **29,50**

Damen-Schluphosen in vielen schönen Farben **16,00**

Kinder-Sweater, weiss und farbig, mit 4 eckigem Halsausschnitt, Halb- und Langarm, weit herabgesetzt.

Putz-Abteilung

Moderne **Damenhut-Formen**, schwarz und farbig . . . **6,50**

Garnierte Damen-Hüte mit modernen Garnituren . . . **17,50**

Garnierte Kinder-Hüte **6,80**

Serie I Serie II Serie III Serie IV
14,50 19,50 35,— 75,—

Herren-Strohhüte, Matelot-Form, moderne Geflechte
9,— 18,— 29,50 39,50 45,—

Verkauf im Lichthof.

Haarbänder in vielen Farben, Coupon 1/2 m lang
2 1/2 cm breit . . **1,95**
5 cm breit . . . **3,95**
4 cm breit . . . **3,20**
7 1/2 cm breit . . **5,50**

Verkauf im Lichthof.

Handarbeiten

Kissen mit Rückwand aus starktädig. Cretonne gez. **10,85**

Kissenplatte farbig Leinen, moderne Zeichnung . . . **12,50**

Decke in grau und weiss Leinen ge. **21,50**

Läuter grau Leinen gez. . **24,00**

Zimmer-Handtücher aus starktädigem Cretonne gez. **16,50**

Küchen-Handtücher gez. mit Besatz **20,90**

Küchen-Handtücher gestickt mit Besatz . . . **32,50**

Küchen-Wandschoner gez. mit Besatz **16,50**

Küchen-Wandschoner gestickt mit Besatz . . . **24,50**

Beachten Sie unsere Schaufenster.

KNOPF

Verkauf nur solange Vorrat.

Räumungs-Verkauf
bis 15. Juli

biete ich
aussergewöhnlich günstige Kauf-Gelegenheit in

Herren-, Damen- und Kinder-Unterzeuge

Ferner in:
Strümpfe, Socken, Söckchen
gestrickte Jacken, Jumpers, Ueberblusen etc.

Rudolf Vieser
Kaiserstrasse 153. 5047

Saison-Ausverkauf

Als ganz besonders preiswert empfehle ich:

Herren-Sacco-Anzüge

Im Preise bedeutend ermässigt

Serie I Serie II
290.— 475.—

Serie III
650.—

Jünglings- und Knaben-Anzüge
für das Alter von 7-16 Jahren

Serie I Serie II Serie III Serie IV
120.— 175.— 250.— 375.—

Baubund-Möbel
Verkauf gegen Teilzahlung

in solider Ausführung den veränderten Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepasst

Verkauf gegen Barzahlung bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft

Bad. Baubund G. m. b. H.
Karlsruhe, Karl-Friedrichstrasse 23
Eckhaus Koubel lag. Fernsprecher 6167
Tägl. geöffnet: vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr

Geschlechtskranke
aller Art, lässt Euch rechtzeitig behandeln, dann ist Heilung möglich, auch in veralteten Fällen. Leiden angeben. Ausführliche Auskunft umsonst. Rückporto belegen. Dr. med. **Dammann Hellanstalten, Berlin, Potsdamerstr. 123 B.** Zweiganstalt für Behandlung (nicht Auskunft) **Stuttgart-Cannstadt, Aoussere Moltkestr. 81, 9-11, 3-6, Sonntags 10-12.**

Beschäfte
und Häuser jeder Art stets zu verkaufen. 4636
R. Sufam, Herrenstr. 38.

Möbel!
Küchenschränke, ein- und zweifach, Kleiderschränke b. 180 Rf. an, Bett mit neuer Matratze, zwei St. Matratzen mit Keil, neu, Plüsch- u. Gobelinschöwan, einige Jagardivulden (prima Qualität), Kleiderschränke, Waschkommoden, einzelne Möbel, Bilder, Spiegel usw. sehr billig.
Hörm. Ritterstrasse 34
Nieger. Mühlstr. Gartenstr.

Für Weingarten suchen wir auf 1. August zuverl.
Zeitungsträger(in)
Bewerber wollen sich bei Herrn **Witz, Gabelstr. 10** melden.
Verlag des Volksfreund.

Breitharth
Kaiserstrasse
Ecke Herrenstrasse

Vielleicht Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund.“

Die kluge Hausfrau
wartet nicht länger, sondern kauft die nötigen

Einkochgläser
Einkochapparate usw.
umgehend bei 4561

C. F. Werner, Eisenhandlung
Gaggenau
Nur Deglerstrasse 3.